

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.
Wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Kummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetrogen in die Post-Listungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 1,10 Mark,
für das übrige Ausland 2 Mark,
für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Interims-Gebühr
Betragt für die (schwedischen) Kolonial-
gelehrten oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Besprechungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schluß-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Juli 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Boxerkrieg.

Der Ruf der Vereinigten Staaten als eines Kulturstaates
hat wieder einmal eine schwere Erschütterung erfahren.
Wieder einmal hat sich der Rassenhaß, der in den Vereinigten Staaten
so oft schauerliche Opfer fordert, in zügelloser Bestialität aus-
getobt. Im ganzen sollen gegen dreißig Neger getötet und
mehrere hundert schwer verletzt worden sein. In einer ganzen
Reihe von Städten, selbst in New York, wurden die Neger
von der rasenden Menge angegriffen und mißhandelt.

Vergleichen scheußliche Missetaten gegen die Neger sind
ja in den Vereinigten Staaten nichts Seltenes. Aber diesmal
hat der bestialische Rassenkampf nicht nur einen besonderen
Umfang angenommen, sondern auch eine besonders groteske
Ursache gehabt. Wenn sonst in den Vereinigten Staaten Neger
erschossen, erhängt oder auch lebendig verbrannt werden, so
pflegt sich die Brut der an Schuldigen und Unschuldigen
scheußliche Lynchjustiz übenden Menge an Verbrechen von
Schwarzen zu entzünden, an einem Mord oder häufiger
der Vergewaltigung einer weißen Frau. Diesmal jedoch loberte
der Rassenhaß aus der Erbitterung darüber auf, daß ein Neger,
der Preisboxer Johnson, einen weißen Preisboxer, den ebendamals
hochgefeierten Champion Jeffries, in wüster Valgerei wiederholt
zu Boden geschlagen und schließlich kampfunfähig gemacht hatte.
Der schwarze Schlagetot hatte diesen Sieg zwar im regel-
rechten Match unter Kontrolle von 20 oder 30 000 kundigen
Sportseheren errungen, allein die Tatsache, daß der verachtete
„Nigger“ einen massiveren Schädel und robusteren Fäuste
besessen hatte, als der weiße Vertreter der edlen Boxergilde,
die in Amerika ein ähnliches Ansehen genießt, wie die Stier-
kämpfer in Spanien, hatte den Rassenhaß der Weissen so
empfindlich getroffen, daß sich die Empörung der kochenden
Volksseele in zahlreichen Negermissetaten entlud.

Um diese schmachvollen Ereignisse zu verstehen, muß man
zuerst die Verhältnisse: den aberwichtigen Rassenhaß und
Rassenhaß eines Teiles des amerikanischen Volkes und dessen
bis zum Aberwitz ausgeartete Sportleidenschaft.

Die schwarze Rasse ist in den Vereinigten Staaten zwar
seit fast einem halben Jahrhundert „emanzipiert“, allein in
Wirklichkeit wird sie heute noch genau so wie zur Zeit der
Sklaverei von der großen Mehrheit des Volkes als uneben-
bürtig und minderwertig betrachtet. Weil sich die Neger,
denen obendrein vielfach die Bildungs- und materiellen Ent-
wickelungsmöglichkeiten fehlten, nicht innerhalb der paar Jahr-
zehnte in kultureller Beziehung der weißen Bevölkerung zu
assimilieren vermochten, gelten sie als tiefer stehende
Rasse, unfähig und unwert der höheren Kultur. Und da nur
ein Teil der Neger sich als kleine Farmbesitzer hat selbst-
ständig machen können, die meisten dagegen als mehr oder
minder „freie“ Arbeiter der weißen Bevölkerung Konkurrenz
zu machen gezwungen sind — und es gibt etwa neun
Millionen Neger und Mulatten in den Vereinigten Staaten —
so kommt zu der Rassenantipathie auch noch der ökonomische
Gegensatz.

Der bestehenden Klasse fällt es aber natürlich gar nicht
ein, das Volk über das Ungerechte und Unsinnige dieses
Rassenhasses aufzuklären; sie tut im Gegenteil noch ein
übriges, um durch rücksichtslose Ausnutzung der billigeren
Arbeitskraft des anspruchsloseren Schwarzen die Rassen-
feindschaft auf die Spitze zu treiben. Nur der sozialistische
Gedanke der Gleichberechtigung alles dessen, was Menschen-
antliß trägt, nur die sozialistische Erkenntnis der wirklichen
Ursachen der kapitalistischen Ausbeutung, nur die Einsicht in
die Notwendigkeit des gemeinsamen wirtschaftlichen und
politischen Kampfes gegen die kapitalistische Korruption könnten
den kindischen Rassenhaß entwurzeln. Aber der Sozialismus
ist in Amerika noch nicht stark genug, sein Einfluß reicht noch
nicht so weit, um die Ausbrüche des blutigen Rassen-
wahnsinns zu verhüten.

Zu dem Rassenhaß kam diesmal noch eine zweite Kultur-
blüte des amerikanischen Kapitalismus: die Sportnarrheit.
Diese Sportnarrheit hat Amerika von England übernommen
und auf einzelnen Gebieten noch raffinierter ausgebildet. Mit
dem Sport als gesunder Körperpflege oder vernünftiger Anteil-
nahme am technischen Fortschritt hat der entartete Sport einer
kapitalistischen Unkultur nichts zu tun. Diese letztere Sorte
Sport entstammt entweder dem spleen gelangweilter reicher
Paukenger, wie beispielsweise der Rennsport, oder aber der
künstlichen Konfervierung oder gar Züchtung der Bru-
talität, deren ja ein Piraten- und Kolonialstaat wie
England allezeit bedürftig. Zu dem Sport der
letzteren Art gehören die Hahnenkämpfe, die Kämpfe der
Bulldoggs mit Ratten und endlich auch und nicht zuletzt die
Boxerkämpfe. Und gerade dieser unfähig rohe und brutale
Sport hat in den Vereinigten Staaten eine außerordentliche
Popularität erlangt, ein Beweis für die barbarische Unkultur
und Millionenpenden seiner Geldfürsten unter den Massen zu
erhalten verstanden hat.

Aber freilich: die kapitalistische Presse anderer Staaten,
insbesondere auch die Deutschlands, sollte sich ja vor allem
pharisäischen Gewissens hüten. Denn die Verachtung des in-
ferioren „Niggers“ gehört ja auch in den kolonialen Kreisen
unseres Vaterlandes längst zum guten Ton. Und wenn der
Sportwahnsinn bei uns noch nicht so weit gediehen ist, wie

in England und Amerika, so ist das wahrhaftig nicht das
Verdienst unserer herrschenden Klasse. Ist man doch bei uns
eifrig bemüht, das Interesse am Pferdesport, Jachtsport,
Automobil- und Radsport, kurz den Rennsport aller Art
künstlich zu beleben. Je stumpfsinniger solcher Sportbetrieb,
und je restloser das Sportinteresse alle höheren geistigen
Interessen verschlingt, desto besser für unsere Kapitalisten-
klasse. Denn ein der Sportnarrheit verfallener Arbeiter ist
ja — England und Amerika beweisen das nur zu eklatant —
ein viel willfähigeres Ausbeutungsobjekt, als ein
geistig geweckter, von sozialistischen Idealen erfüllter
Proletarier. Es gibt ja auch in Deutschland schon
Blätter, die sogar dem widerlichen Boxersport Schrittmacher-
dienste leisten — zur Hebung der öffentlichen Bildung und
Moral! Und was wir auch in Deutschland erleben könnten,
wenn es hier erst einmal zu einer „seriösen“ Keilerei käme,
wie zwischen Johnson und Jeffries in Reno, davon haben uns
ja mancherlei Standbildchen bei den so unendlich viel harm-
loseren und an sich keineswegs unethischen Ringkämpfen
einen angenehmen Vorgeschmack gegeben!

So sind die traurigen Vorwommisse in Amerika auch
für Europa, auch für Deutschland nicht ohne aktuellstes Inter-
esse. Sie lehren, daß es der Kapitalismus ist, der den
Rassenhaß schürt und im gehätschelten Stumpfsinn der Massen
die Vorbedingungen schafft für Bestialitäten, die die
Schamröte ins Gesicht treiben. Sie zeigen, daß diese kapita-
listischen Gefahren nicht nur für Amerika bestehen, sondern
überall da, wo der moderne Kapitalismus seine Herrschaft
entfaltet. Aber sie geben uns gleichzeitig die freudige Gewähr,
daß die sozialistische Weltanschauung zwar das einzige, aber
auch das sicher wirkende Mittel ist, um die Menschheit von
der Schmach auch dieses Ausflusses der kapitalistischen Unkultur
zu befreien!

Hoffchranze oder Offizier?

Es gibt leider viele Menschen, die nicht einmal das Maß von
Freiheit wollen, das sie mit Bechtigkeit haben könnten.
Daher gehören besonders die Offiziere des Wehrdienstes,
die über ihre gesetzliche Dienstpflicht hinaus dienen. Jetzt ist
dadurch eine gründlich hereingefallen, und zwar deart,
daß er seine Leiden der Öffentlichkeit in einer Broschüre enthüllt
hat. Es ist dies der Oberleutnant der bayerischen
Landwehrravallerie Ernst Gröhner, Rechts-
anwalt in Meiningen*).

Gröhner wurde bis zum Jahre 1908 wie alle Rechtsanwälte
in Meiningen zum herzoglichen Hofball in Meiningen eingeladen.
Und ebenso wie seine Kollegen jagte er regelmäßig ab. Im Jahre
1906 erhielt er durch irgendwelchen unausgesprochenen Zufall über-
haupt keine Einladung. 1907 aber vergah er infolge vieler Ge-
schäfte die Abgabe. Bierzehn Tage nach dem Hofballe 1907 traf bei
ihm ein Schreiben des Hofmarschalls von Schleinitz ein, in dem
dieser sich erkundigte, ob Gröhner die Einladungen für 1906 und
1907 erhalten habe. Da Gröhner damals aber außerhalb Meiningen
an Influenza schwer erkrankt war, so erwiderte er
nicht sofort. Nun erfolgte den meiningenschen Hofmarschall ein
gräßlicher Grimm, und er beschloß fürchterliche Rache. Als Rechts-
anwalt war Gröhner freilich nicht fahbar, wohl aber als Ober-
leutnant der Landwehr. Er war allerdings nur als Rechts-
anwalt eingeladen gewesen, wie der Umstand beweist, daß ihm
als Anzug Frack und weiße Binde vorgeschrieben war, aber
solche Kleinigkeiten kommen nicht in Betracht, wenn die Remeis
auf dem Marsche ist. Herr von Schleinitz sorgte also dafür, daß
Gröhner beim bayerischen Bezirkskommando Riffin-
gen, dem er unterstand, offiziell verlagert wurde, worauf der
Bezirkskommandeur Oberstleutnant Endres den Sinder zur um-
gehenden Verichterstattung aufforderte. Gröhner legte den
Sachverhalt dar und entschuldigte sich auch noch beim tief
getränkten Herrn von Schleinitz.

Aber die Rachegöttin war noch lange nicht zufrieden! Einige
Wochen vor Jahreschluss teilte der Oberstleutnant Endres Gröhner
mit, daß er ihm die Hofballaffäre in die Qualifika-
tion schreiben werde. Ausgerechnet in die Qualifikation!
Bald darauf erhielt Gröhner die weitere Nachricht, daß ihn der
Kommandeur des 2. bayerischen Trainbataillons nicht zum
Rittmeister qualifiziert habe. Dieser Kommandeur
aber hatte Gröhner ein Jahr vorher am Schlusse einer acht-
wöchentlichen Uebung mündlich versichert, daß er ihn zum Rit-
tmeister qualifizieren werde. Auch er kann nur wegen
der Hofballgeschichte ungesattelt haben. Nun hat Gröhner in
kurzen Worten und ohne Angabe eines Grundes um seinen Ab-
schied. Dieses lakonische Geschuch war aber dem Oberstleutnant
Endres nicht angenehm, und daher schickte er Gröhner ein
Formular für ein Abschiedsgesuch, das insofern mit der
Wahrheit nicht übereinstimmte, als es Gröhner wegen
abgeleiteter Dienzeit und wegen Ueberhärdung mit
Verußgeschäften um seinen Abschied hätte bitten lassen.
Gröhner schrieb das Formular nicht ab und hielt: ungeschickter-
weise auch sein eigenes Abschiedsgesuch nicht aufrecht. Aber man
wollte ihn, der das schreckliche Hofballverbrechen begangen und auch
noch das Formular des Bezirkskommandeurs nicht geborsamst ab-
geschriebene hatte, draußen haben. Und so ging dem die Geschichte
mit Hochdruck los. Zuerst wurde dem Delinquenten eröffnet, daß
ihn der Brigadefeldkommandeur nicht einmal für seine gegen-

wärtige Stellung geeignet halte, und zwar wegen der
Hofballgeschichte! Bald darauf erhielt er die Mitteilung,
daß auch der Divisionskommandeur und der kommandierende
General der nämlichen Meinung seien und Gröhner sein Ab-
schiedsgesuch innerhalb 7 Tagen einzureichen
habe. Und das alles wegen des Hofballes!

Gröhner war aber inzwischen im bayerischen Kriegsministerium
gewesen, um sich an der Quelle über seine Lage zu informieren.
Und hier hatte man ihm zur Eingabe einer dienstlichen Darstellung
seiner Angelegenheit geraten. Gröhner tat wie ihm geheißen, und
bekam für seine Darstellung vom kommandierenden General, der
nicht wußte, daß hier nur die Frucht eines Kriegsministe-
riellen Rates vorlag, einen schrecklichen Ruffell! Jetzt
probierte Gröhner es mit einer regelrechten Beschwerde, die er
bis zum Prinzregenten verschickte. Auch in diesem Falle bewährte
sich das militärische Beschwerderecht voll und ganz, d. h. der Be-
schwerdeführer erhielt überall Unrecht. Der bayerische Kriegs-
minister Freiherr von Horn teilte ihm bei der Gelegenheit mit,
daß er auf Fürsprache des Herzogs von Meiningen nicht sofort
abgesagt, sondern ihm durch eine neue Uebung Gelegenheit zum
Beweise gegeben werden, ob er auch die gesellschaftlichen
Pflichten des Offiziers erfüllen wolle. Das ist eine ganz
neue Art von Uebungen! Nachdem Gröhner zur Abwechslung
auch ein bißchen als Simulant behandelt worden war, reichte er
erbittert nochmals ein Abschiedsgesuch ein. Daraufhin wurde er
vom Bezirkskommandeur freundlich gestraft, ob er denn nicht mit
der Erlaubnis zum Tragen der Uniform verabschiedet
sein wolle. Aber Gröhner verzichtete auf des Königs Ehrenkleid,
weil die verabschiedeten Offiziere, die es tragen dürfen, den Ehren-
gerichten unterstehen und also für jede mißliebige Aeußerung ge-
fahrlieh werden können.

Gröhner gibt auch ein interessantes Bild davon, wie regierende
Fürsten „die Wahrheit“ erfahren. Er hatte nämlich dem bayerischen
Kriegsminister auch mitgeteilt, daß ihm der Oberstleutnant Endres
ein Formular für ein Abschiedsgesuch, das unwahre Motive
vorgab, zugesandt habe. Darauf antwortete Freiherr von Horn,
Oberstleutnant Endres habe dies mit Rücksicht auf Gröhner selbst
getan, weil anderenfalls dem Prinzregenten hätte gesagt werden
müssen, daß Gröhner deswegen verabschiedet sein
wolle, weil er nicht zum Rittmeister qualifiziert worden sei.
Das heißt Klipp und Klar, daß man dem bayerischen Prinzregenten,
wenn man es gerade für gut hält, die wahren Beweggründe von
Abschiedsgesuchen verheimlichen will.

Gröhners Broschüre beweist betäubend, wie sehr die bayerische
Armee horrifiziert worden ist. Vor 20 Jahren wäre der Hof-
marschall von Schleinitz in Bayern gründlich abgefahren; es wäre
ihm wohl Klipp und Klar bedeutet worden, daß die ganze Sache die
Militärbehörden nichts angehe, da Gröhner als Rechtsanwalt und
nicht als Offizier eingeladen worden sei. Aber jetzt rückte man
mit Stangen und Spieken gegen den Sünder aus.

Und außerdem zeigt die Schrift, wie ungeschickt Offiziere des
Wehrdienstes handeln, wenn sie nur eine Sekunde länger
dienen als sie müssen. Wegen eines Plunders können sie die
größten Unannehmlichkeiten erfahren, und zuletzt werden sie weg-
geworfen wie ein alter Handschuh!

Sozialistische Politik.

Brüssel, 3. Juli. (Fig. Ver.) Der Resolution
Rehsmans, auf die sich der Parteitag, nach einer be-
wegten Diskussion, die an Klarheit leider manches zu wünschen
übrig ließ, einigte, haben selbst etliche ihrer Befürworter den
Vorwurf der Länge gemacht. In der Tat, die Resolution ist
nicht kurz. Indes, wenn man sie genauer, d. h. mit Rücksicht
auf all die politischen Momente betrachtet, die in die gegen-
wärtige Parteitag hineinspielen, wird man nicht finden
können, daß sie, wenn zum Teil auch scheinbar Selbstver-
ständliches, etwas Ueberflüssiges sagt.

Weder die Resolution Wind noch die von Destree
vertretene der Föderation von Charleroi sprechen von einem
Kampf für's allgemeine Wahlrecht oder von den
sozialen Reformen. Genosse Destree meinte, als man
ihn darauf verwies, daß wir ja auch nicht auf den Kollekti-
vismus verzichten, trotzdem er in der Resolution nicht
als Forderung aufgeführt ist. Die Sache ist aber
die, daß die Tagesordnung über die politische Situation,
die die taktische Formel für den Kampf
gegen die Merikale Regierung präzisieren sollte,
nicht auszudrücken hatte, „worauf wir nicht verzichten“,
sondern was die Partei im Augenblick will, welche
Kämpfe und Forderungen sie in den Vordergrund stellt
für welche Ziele sie eine Volksbewegung,
ähnlich derjenigen im Jahre 1898“, wie die Resolution
Rehsmans sagt, entzünden will. Was Wind und Destree in
ihren Resolutionen wollten, hatte eben das eine ausschließliche
Ziel: Kampf gegen die Merikale Regierung
beziehungsweise für die Revision des Proportionalwahl-
verfahrens. Für dieses Ziel sollte die Arbeiter-
schaft ihre ganze Kraft einsetzen. Dagegen hat
sich nun der Parteitag mit aller Deutlichkeit durch die An-
nahme der Tagesordnung Rehsmans ausgesprochen und da-
mit, wie auch Vandervelde betonte, der alten sozialistischen
Taktik zugestimmt. Einer Taktik, die zudem in diesem Falle
die Arbeiterschaft nicht in einem ausschließlichen
Kampf unter zweifelhaften Bedingungen gegen die
Merikale Regierung engagieren will.

* „Hofball und Armee“, von Rechtsanwalt Gröhner.
(München, Verlag Max Steinebach, Preis 75 Pf.)

Aber auch nach einer anderen Seite hin hatte die Partei ihre Gründe, in ihrer Resolution dem Kampf gegen die Regierung auch ihre anderen aktuellen Forderungen in gleicher Linie anzuhängen. Niemandem zum Beispiel wäre die Annahme der Resolution und genehmert — Obstruktion unter allen Umständen nach Kammerzusammentritt und eine entsprechende Volksbewegung, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen — als den Herren Liberalen, die natürlich nichts feindlicher wünschen, als daß die Arbeiterschaft in dem Kampf gegen die Regierung den Vormarsch übernimmt. Und das Risiko natürlich — wie 1899, wo die Liberalen wie gewöhnlich der Vorsicht besseren Teil erwählten. Banderbelde auf dem Parteitage und Louis de Brocard kürzlich im „Peuple“ haben den Standpunkt der Partei in dieser Richtung mit der notwendigen Deutlichkeit ausgesprochen und — sehr zur Zeit — das Verhalten der Liberalen während der großen Wahlrechtskämpfe von 1899 und 1902 charakterisiert, wo sie aus Erfolg wie Mißerfolg der Volksbewegung ihren Vorteil zu ziehen suchten, um zudem bei dem letzteren die Arbeiter den Stugeln der Bürgergarde preiszugeben. Bezeichnenderweise hat auch schon ein bürgerliches Blatt, die liberale „Dernière Heure“, der die Arbeiterschaft nicht radikal genug sein kann, sein Mißfallen darüber verkündet, daß die Sozialdemokratie sich nicht an die „Töte dieser populären Bewegung“ stellt. Es wirft den Führern vor, daß sie die Fahne „im Widerstand gegen die Regierung“ fallen gelassen hätten. Warum dieser Vorwurf?

Weil der Parteitag nicht für alle Fälle den Schlachtruf ausgab, daß die Arbeiter auf die Straße steigen werden, um den Liberalen die Kastranen aus dem Feuer zu holen. Es wäre den Herren angenehmer gewesen, eine andere Sprache zu hören, als die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Worte Banderbelde: Wenn auf die Straße gestiegen werden soll, dann, meine Herren Liberalen, gehen Sie gefälligst voran! — Und ebenso richtig ist, daß die Liberalen, schon ungebildigt, die Zügel der Regierung zu ergreifen, nicht gerade lustern nach einer Diskussion der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft — Verkürzung der Arbeitszeit der Erwachsenen, Arbeiterpensionen, Koalitionsfreiheit der Staatsangestellten usw. — sind, deren Diskussion zeigen wird, daß die Arbeiterfeinde nicht nur auf der liberalen Rechten, sondern auch bei den Manchesterliberalen der Linken zu Hause sind. — Die sozialistischen Mandatäre werden im November, wie die Resolution Meymans es verlangt, den Kampf gegen die Regierung mit der Frage nach der Rechtmäßigkeit der klerikalen Regierung, die nicht mehr die Majorität des Landes vertritt, eröffnen und alle Kräfte aufbieten, eine Auflösung der Kammer herbeizuführen und damit dem beabsichtigten Coup der Klerikalen vorarbeiten, die durch Teilwahlen ihre Existenz künstlich verlängern wollen. Die sozialistischen Deputierten werden aber gleichzeitig auch die Veratung der dringenden sozialen Reformen fordern und, indem sie die Regierung zur Aussprache zwingen, die Wahlen für die industriellen Bezirke vorbereiten, in denen sie allenfalls 1912 Neuwahl abzugeben haben wird. — Kampf gegen die Regierung, Kampf um ein allgemeines und gerechtes Wahlrecht, Kampf für die sozialen Reformen — und alles dies mit der Betonung und Hervorhebung der Klassenpolitik — dies ist das Arbeitsprogramm, das der außerordentlichen Kongress mit der Annahme der Resolution Meymans für den Sozialismus im Parlament und für das Land aufgestellt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juli 1910.

Herr Lentze.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt:

„Die Ernennung des Oberbürgermeisters Lentze zum Finanzminister sucht man jetzt eifrig als Abber für die Nationalliberalen auszunutzen. Die „Kreuz-Ztg.“ und auch die letzte Wochenübersicht der „Nordd. Allg. Ztg.“ machen Andeutungen, als ob Lentze politisch andere Bahnen als Rheinbaben zu wandeln gedente und seine Ernennung ein Zugeständnis an liberale Forderungen bedeute. In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Lentze war sogar bereit, als Gehilfe Rheinbabens zu arbeiten. Sie sind ein Herz und eine Seele. Vor Wochen schon ist Herr Lentze der Posten des Unterstaatssekretärs im Finanzministerium angeboten worden, und Lentze selbst hatte auch zugelegt, diese ihm auf Veranlassung Rheinbabens angebotene Stellung unter Rheinbaben anzunehmen. Erst als Rheinbaben um das plötzlich frei gewordene Koblenzer Oberpräsidium bat, kam Herr Lentze, da ein anderer Mann so schnell nicht bei der Hand war, für den Posten des Ministers selbst in Frage.“

Damit ist wohl das Märchen, daß Herr Lentze so etwas wie ein liberaler Einschlag in dem schwarzblauen Ministerium bedeute, so gründlich zerstört, daß man uns künftig damit verschonen wird. Die Nationalliberalen werden künftig schon andere Ausreden für ihren Unfall erfinden müssen.

Die neue Wahlrechtsvorlage.

Kommt sie oder kommt sie nicht? Kommt sie noch während dieser Legislaturperiode des Landtages oder erst während der nächsten? Die Berliner Neuesten Nachrichten denken an, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Bethmann Hollweg und Rheinbaben auf dem Gebiete der preussischen Verfassungsfrage zu suchen gewesen sein dürfte. Die Annahme liege nahe, daß die Frage der Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage im Herbst der Streitpunkt oder wenigstens ein Hauptstreitpunkt zwischen den beiden Ministern gewesen sei. Stimme aber diese Vermutung, so sei in wenigen Monaten ein neuer preussischer Wahlrechtskampf zu erwarten.

Die „Post“ dagegen erklärt es für zweifellos, daß in der nächsten Tagung der Versuch einer Wahlreform nicht wiederholt werde. Diese Auffassung beruhe nicht auf Vermutung, sondern auf sicherer, tatsächlicher Unterlage.

Es ist ebenso gut möglich, daß Bethmann Hollweg die Wahlreform hinauszuschleppen versucht, wie daß er den Landtag bei seinem Zusammentritt mit einer neuen Vorlage überrollen will. Die Umstände können sich freilich als stärker erweisen, als alle Pläne der Regierung. Für die Arbeiterklasse gilt auf jeden Fall: Bereit sein ist alles!

Nationalliberale gegen Freisinnige.

Die „Nationalliberale Korresp.“, die seit Lentzes Ernennung wieder ganz regierungstreu geworden, richtet jetzt eine scharfe Abfrage gegen diejenigen, die von „Einigung

des Familiberalismus“ schwärmen. Das offizielle Parteiorgan schreibt unter anderem:

„Es gibt noch immer einige Illusionisten, die die Einigung des Liberalismus in eine greifbare Nähe gerückt sehen, denen die Notwendigkeit einer solchen Einigung im Gefühl liegt und die aus dieser Gefühlslage heraus den Blick leicht verlieren für die richtige Einschätzung der praktischen Schwierigkeiten, die einer solchen Einigung entgegenstehen, so, sie für jeden nächsten denkenden Politiker unmöglich machen. Die sachlichen Gegensätze, die früher in voller Schärfe zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen bestanden hatten, erluben in der Vorperiode eine starke Abschwächung. Seitdem beginnen sie allmählich wieder sich stärker geltend zu machen. Sie haben besonders auf einem Gebiete sich verschärft, das immer mehr ausschlaggebend wird für das Verhältnis der Parteien zueinander. Das ist die Frage der Beziehungen zur Sozialdemokratie. Wir sehen hier in den Reihen der fortschrittlichen Volkspartei die Reizung wachsen, die Sozialdemokratie für bündnisfähig zu erklären, um so den Block der Linken, einschließlich der Sozialdemokratie, dem jetzigen Block der Rechten gegenüberzustellen. Eine solche Politik kann für die Nationalliberalen nicht in Frage kommen. . . Die Gegensätze sind hier und auf manchen anderen Gebieten vorhanden. Sie sind genügend groß, um den Gedanken einer Einigung als unerfüllbar erkennen zu lassen.“

Man sieht, die Fraktion Drehscheibe hat sich wieder mal heftig nach rechts gedreht.

Untertwerfung der Nationalliberalen.

Die „Kieler Neuesten Nachr.“ wissen zu melden, daß zwischen dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen in Schleswig-Holstein Verhandlungen über eine gegenseitige Unterstützung bei den nächsten Reichstagswahlen im Gange seien. Die Verhandlungen seien dem Abschluß nahe, der sehr bald erfolgen dürfte, da der Provinzialausschuß der nationalliberalen Partei einstimmig diese Taktik gutgeheißen habe.

Die Nachricht ist sehr interessant. Sollte sie sich bestätigen, so würde man darin das Ende der nationalliberalen Partei zu sehen haben, die dann nur mehr ein Anhängsel des schwarz-blauen Blocks bilden würde.

Ein Durchfallskandidat.

Der Vorstand des Wahlvereins der konservativen Parteien für den Wahlkreis Frankfurt-Lebus beschloß in seiner heutigen Vorstandssitzung einstimmig, die Hauptversammlung des Wahlvereins, die am Sonntag, den 17. Juli, stattfinden soll, als Kandidaten der konservativen Partei für die bevorstehende Erziehung im Kreise Frankfurt-Lebus vorzuschlagen den Arbeitersekretär Hermann Dunkel, den Vorsitzenden des Berliner Verbandes evangelischer Arbeitervereine und Sekretär des Hauptvereins für innere Mission in Berlin.

Als Durchfallskandidat darf sich also ein Arbeitersekretär zur Not noch präsentieren; ausichtsreiche Kreise sind allerdings den Junkern reserviert.

Im Reichstagswahlkreis Mecklenburg III, den zurzeit Herr Dr. Bachmick vertritt, haben Konservative und Bund der Landwirte beschlossen, für die nächste Reichstagswahl Herrn Prof. Dr. Dade-Verlin als Kandidaten aufzustellen.

Die Reklame versteht er!

Herr v. Rheinbaben erläßt folgende Bekanntmachung: „Durch die Gnade Sr. Majestät des Kaisers und Königs ist dem Wunsche meines Herzens (??), an die Spitze der Rheinprovinz zu treten, Erfüllung geworden. Indem ich die Geschäfte heute übernehme, bitte ich, mich bei der Führung dieses Amtes freundlich zu unterstützen, wie ich gelobe, Herz und Hand einzusetzen für das Wohl der schönen Provinz. Frhr. von Rheinbaben, Staatsminister, Oberpräsident der Rheinprovinz.“

Wohlfühlich macht der Herr mit solchen Verkaufsbarmen nicht noch Mode. Eine „Bekanntmachung“ bei jedem Oberpräsidentenwechsel könnte gerade noch fehlen.

Die Wirkung der Wucherzölle.

Wiederholt sind in letzter Zeit Beispiele über das Steigen der Güterpreise erbracht worden. Jetzt wird berichtet, daß bei der Verpackung der Domänen im Kreise Kalm sehr bemerkenswerte Ergebnisse erzielt wurden. Auf die etwa 1000 Morgen große Domäne Unislaw, die bisher etwas mehr als 12000 Mark Pacht brachte, gab Herr Wöhlke in Unislaw ein Höchstgebot von über 25000 Mark; für die 1915 Morgen große Domäne Griewe, die Herr Amstater Meyer für etwas über 19000 Mark in Pacht hatte, bot der bisherige Pachtinhaber 30236 Mark und erhielt den Zuschlag. Diese Zahlen beweisen uns, welche enorme Summen die Domänenpächter in den letzten Jahren eingeheimst haben. Sie geben auch ein Bild von den Kriessgewinnen, die die Großgrundbesitzer jetzt zu verzeichnen haben. Die große Masse des Volkes aber darbt. Mittlerweile werden die neuen Pächter finden, daß die Landwirtschaft Rot leidet und sie werden dann nach höheren Zöllen schreien.

Verminderte Reichseinnahmen.

Im „Reichsanzeiger“ werden die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren in den Monaten April und Mai 1910 veröffentlicht. Die Einnahmen an Zöllen sind in diesen zwei Monaten um ungefähr 3 1/2 Millionen gegenüber der Sollsumme zurückgeblieben. Die Sollsumme nach Abzug der Ausfuhrvergütungen usw. sollte in runden Ziffern 94 1/2 Millionen betragen. Die Istsumme hat 91 Millionen betragen. Von den übrigen Einnahmen sind die entprechenden Ziffern: Zigarettensteuer 3786 000 M., Sollsumme 4 558 000 M.; Verbrauchsabgaben für Branntwein 20 Millionen (25 700 000); Schaumweinsteuer 1 891 000 (1 579 000 M.); Zinsdividendensteuer 2 140 000 (2 188 000); Reichstempelabgaben von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgegenständen 4 194 000 (4 280 000), von Frachtturkunen 2 482 000 (2 533 000), von Personenscheinen 2 477 000 (2 528 000), von Grundstücksübertragungen 7 007 000 (7 788 000). Die Einnahme aus der Erbschaftsteuer mit 6 631 000 entspricht der Sollsumme. Ebenso die Wechselstempelsteuer mit 8 271 000. Dagegen ist die Zinssumme aus der Zinssteuer und der Verbrauchsteuer und Uebergangsabgaben vom Bier höher als die Sollsumme. Die Zinssteuer hat 80 720 000 gebracht (82 000 000), die Verbrauchsteuer 14 849 000 (11 254 000).

Ein Nachspiel zu Wahlrechtsprozessen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 6. Juli. (Privatdepesche des „Vorm.“) Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich heute der Genosse Journalist Karl Kirchner wegen Verleumdung eines Kriminalschuttmanns zu verantworten. Die Verleumdung soll bei einem Wahlrechtsprozeß am 21. März gefallen sein. In der damaligen Verhandlung sagte ein Kriminalbeamter unter Eid aus, der angeklagte Wahlrechtsdemonstrant habe durch seinen Hochruf auf ein freies Wahlrecht die umherstehende Menschenmenge aufgereizt, und mit dem Ruf die Polizei, die in nächster Nähe gewesen sei, verhöhnen wollen. Eine Aussage, die in den Wahlrechtsprozessen von Schulheuten dazwischen in stereotyper Form gemacht wurde. Während jener Verhandlung bot der als Berichterstatter anwesende Genosse Kirchner sein Zeugnis an, und bekundete

unter Eid das strikte Gegenteil von dem, was der Schulmann aussagte. Er erklärte, er werde gegen den Schulmann Anzeige wegen Meineids erlassen, was er auch tat. Das Strafverfahren gegen den Schulmann wurde zwar eingeleitet, bald darauf jedoch wieder eingestellt und dem Genossen Kirchner wurde mitgeteilt, daß die Beobachtungen, die er gemacht haben wollte, nicht geeignet sind, das Gegenteil von der Aussage des Schulmanns zu erweisen. Die Staatsanwaltschaft schritt nun gegen Kirchner ein und bezichtigte ihn des Meineids. Auch diese Anklage brach zusammen, doch sollte dem gekränkten Schulmann die Ehre wieder gerettet werden. Deshalb die Verhandlung gegen K. wegen Verleumdung.

Wie vorausgesehen war, erzielte Kirchner einen glatten Freispruch. Der Staatsanwalt hatte zwar drei Wochen Gefängnis beantragt, doch schloß sich das Gericht den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Singheimer an, der auf Freisprechung plädierte. Eine Verleumdung läge nicht vor. Der Angeklagte sei überzeugt gewesen, daß der Schulmann als Zeuge nicht die Wahrheit gesagt und habe lediglich dieser Ueberzeugung Ausdruck verliehen.

Wieder das Wasserloch.

In scharfem Gegensatz zu der vom Staat geübten Sparsamkeit in der Lohnfrage steht die Verschwendung von Materialien. Dafür ein neuer Beweis:

Von der Firma Verzugli in Danzig-Langfuhr wird auf der Kaiserlichen Werft eine Abfluehrleitung nach dem Pfandgraben gelegt. In der Nähe der Maschinenhalle für Brechluft, mußte ein Loch gegraben werden, um eine Sanddrumme anzulegen. Hierbei fand man in geringer Tiefe folgende Gegenstände: Ein Schwungrad, Gußeisen, im Gewicht von zirka 10 Zentnern. Zwei Teile von Maschinenfundamenten aus Bronze im Gewicht von zirka 3 Zentnern. Ferner Bronzeblechplatten von 1 1/2 Millimeter Stärke. Gewicht zirka 1 Zentner.

Diese Teile wurden am 1. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr zirka, gefunden und den Verbeamten übergeben. Der Wert der Gegenstände beziffert sich auf mehrere hundert Mark. Wir richten deshalb an das Reichsmarineamt im öffentlichen Interesse nachstehende Fragen:

1. Woher stammen die Metalle? 2. Warum hat man diese Bronzeteile dort vergraben? Auf wessen Veranlassung ist das geschehen?

Eine klare Antwort ist wohl notwendig.

§ 253.

Der Erpressungsparagraf, der für die schmutzigsten Verbrechen geschaffen wurde, ist schon wieder einmal gegen Arbeiter, die ehrlich für die Aufbesserung ihrer Massenlage kämpfen, in Anwendung gebracht worden. Der Fall liegt besonders kraß. Der Zigarettenfabrikant Tillack in Glogau hatte einen Lohnstarif unterzeichnet und gebeten, diese Tatsache in unserem Breslauer Parteiblatt zu veröffentlichen, da er auf Arbeiterkundschaft angewiesen sei. Nachträglich aber machte er einen bei ihm beschäftigten Arbeiter, nachdem seine Verluste, ihn zum Austritt aus der Organisation zu bewegen, erfolglos geblieben waren. Gauleiter Klement aus Breslau ging daraufhin in Begleitung des gemahregelten Arbeiters zu dem Fabrikanten, um über die Jurisdiktion der Mahregelung und die Aufrechterhaltung des Tarifes zu verhandeln. Die Verhandlungen blieben erfolglos und der Fabrikant stellte obendrein Strafantrag, weil ihm die Möglichkeit eines Vorkaufs durch die Glogauer Arbeiter vor Augen geführt worden sei. Das Glogauer Schöffengericht hat jetzt den Gauleiter Klement auf die Zeugnisaussagen des Fabrikanten wegen „verluchter Erpressung“ zu einer Woche Gefängnis und den gemahregelten Arbeiter zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Schnapsbohrt.

Ueber die greifbare Wirkung des Arbeiterschnapsbohrt herrscht kein Zweifel mehr. Die Ziffern für den Monat Mai sowohl als auch für die ganzen ersten 5 Monate des laufenden Berechnungsjahres lauten:

Monat	1909	1910	— oder +
Erzeugung	297 208 hl	288 200 hl	- 4,7 Proz.
Trinkverbrauch	195 944	157 976	- 19,4
Gewerbli. Verbrauch	118 964	145 976	+ 23,0
Oktober bis Mai	1908/09	1909/10	
Erzeugung	5 949 047 hl	3 410 926 hl	- 13,6 Proz.
Trinkverbrauch	1 085 264	1 202 164	- 23,7
Gewerbli. Verbrauch	1 159 945	1 328 128	+ 14,5

Die Ziffern reden eine deutliche Sprache. Die Erzeugung bleibt von Monat zu Monat, auch jetzt in der ruhigen Zeit der Schnapsproduktion, ständig hinter der der Vorjahre zurück. Das dies nicht eine vorübergehende Erscheinung ist, beweist die Zahl für die acht Monate des laufenden Jahres. Demnach ist die Produktion gegen das Vorjahr um 338 121 Dektoliter = 13,6 Proz. zurückgeblieben. Damit ist die Gesamtproduktion für diesen Zeitraum auf den niedrigsten Stand der letzten fünf Jahre heruntergegangen. Der Trinkverbrauch allein, aber dessen Entwicklung sich jetzt, wo die größte Menge des laufenden Jahres schon produziert ist, ein immer sicherer Anteil gewinnen läßt, zeigt für die ersten acht Monate des laufenden Jahres einen Rückgang von 483 100 Dektoliter = 23,7 Proz. Im Mai, der gleichfalls die geringste Verbrauchs-ziffer der letzten fünf Jahre aufweist, war der Rückgang freilich prozentual nicht mehr ebenso groß; er betrug aber immer noch 19,4 Proz. Damit dürfte die Wirkung einer etwaigen Verzögerung ersichtlich und der Minderkonsum nimmende auf einem stabilen Niveau angelangt sein. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß die deutsche Regierung mit ihrer erneuten Schnapssteuererhöhung den Arbeitern in die Hände gearbeitet hat.

Für die Schnapssteuer wäre die Wirkung des Vorkaufs schon ein entscheidender Schlag, wenn sich nicht zum Teil durch Erweiterung des Anwendungsgebietes für gewerblichen Spiritus und zum anderen durch die aufwärtsgehende Konjunktur der technische Verbrauch stark gehoben hätte. Für den Mai beträgt die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres rund 23,0 Prozent. Für die ersten acht Monate sind es gegenüber dem Vergleichsjahre 1908/09 nur erst 14,5 Prozent; die Ziffer wird aber bis zum Jahresabschluss sicher noch rasch weiter steigen. Allerdings wird sich die Steigerung des technischen Verbrauches — die ja eine Entschädigung, wenn auch keine volle, für die Agrarier bedeuten würde — in ihrem vollen Umfange erst am Jahresabschluss feststellen lassen.

An den Arbeitern ist es, jetzt nicht nachzulassen, damit die Wirkung des Schnapsbohrtis eine stetige bleibt. Die Junker müssen in ihrer letzten Hoffnung getäuscht werden, daß sich die deutschen Profetarier wieder an den teurer werdenden Fusel gewöhnen und auch weiterhin den Schnapsbrennern willige Steuerfron leisten.

Arbeiter, beachtet den Schnapsbohrt!

Italien.

Teure Tintenfässer.

Rom, 6. Juli. Der Abgeordnete Moriani hat eine Anfrage an den Justizminister und an den Finanzminister gerichtet wegen einer Summe von 85 000 Lire, welche gefordert wird für die Lieferung von Tintenfässern für den neuen Justizpalast.

Spanien.

Eine Ferrer-Debatte.

Madrid, 6. Juli. Deputiertenkammer. Der Republikaner Salillas erklärte, in dem ersten Prozeß gegen Ferrer

Im Jahre 1906 habe das Tribunal unter dem Druck einer sehr starken öffentlichen Meinung im Ausland gehandelt. Im zweiten Prozeß, der zur Hinrichtung Ferrers führte, habe man auf die europäische Stimmung in genau entgegen-gesetztem Sinne geantwortet. Der Redner wies auf die nachteiligen Folgen hin, die diese Tatsache für Spanien im Ausland gehabt habe. Der Unterrichtsminister erwiderte, die Rede Salillas habe gar nichts zu tun mit dem Gegenstand der Beratung, der Antwort auf die königliche Botschaft. Das Parlament könne sich nicht in einen Gerichtshof verwandeln; die Regierung lehne dies entschieden ab. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Die religiöse Frage.

Madrid, 6. Juli. Senat. Der Bischof von Madrid sprach über die religiöse Frage. Er beämpfte das Monopol des Staates im Erziehungswesen. Hierauf erwiderte Canalejas, er müsse endgültig erklären, entweder werde diese Frage in Eintracht und Frieden geregelt werden oder die Regierung werde sie selbst regeln, indem sie ihre Macht und Energie zur Anwendung bringe. Aber wir werden, so fuhr Canalejas fort, keinen Frieden und keine Eintracht haben, so lange Doktrinen bestehen bleiben, die weder wir noch Sie zulassen können. Die Macht der Kirche darf nie über die des Staates gehen. Es gibt religiöse Bestrebungen, die auf ein Gebiet hinübergreifen, auf dem sie keine Berechtigung haben. Der Ministerpräsident betonte energisch, daß er weder das Kon-fordat noch die Verfassung verletze. Der Augenblick sei für Spanien gekommen, einen entscheidenden Schritt zu tun. Ob dieser Schritt früher oder später getan werde, jedenfalls müsse ihn Spanien tun. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

England.

Ein Viermilliardenbudget.

Der Vorschlag für das Finanzjahr 1910/11, den Lloyd George dem Unterhause vorgelegt hat, bedeutet, rein finanziell betrachtet, einen Erfolg. Ist doch der Fehlbetrag, den die Ablehnung des letzten Etats durch die Lords und der dadurch verursachte Minderertrag an Steuern und Zöllen verursachten, nicht nur ausgeglichen, sondern auch, ohne neue Steuern und ohne Kürzungen, ein Ueberschuß von 861 000 Pfund Sterling (zu 20,40 M.) vorgesehen. Dabei soll die gewaltige Steigerung des Marineetat rein aus laufenden Mitteln bestreiten und sogar die Staatsschuld durch Rückzahlung von 1/2 Millionen vermindert werden. Der Schatzkanzler durfte mit berechtigtem Selbstgefühl dieses Ergebnis seiner Finanzpolitik vorlegen und die Schutzgelder, die ihr Allheilmittel auch als Voraussetzung einer gesunden Finanzwirtschaft hingestellt haben, herausfordern.

Insgesamt sind an Einnahmen 199 791 000 Pf. Sterl. — rund 4076 Millionen Mark gerechnet, an Ausgaben 198 930 000 Pf. Sterl. — 4058 Millionen. Der Ueberschuß soll nach Vergleichung der durch den Tod des Königs verursachten Ausgaben (309 000 Pf. Sterl.) für technischen Unterricht (102 000) und zur Erweiterung der Altersrenten (450 000 Pf. Sterl.) dienen. Es soll nämlich der Ausschluß der Armenunterstützung Bestehenden von der Rente vom 1. Januar 1911 an fallen. Für das ganze Jahr sind dafür 1 800 000 Pf. Sterl. vorgesehen, wovon diesmal also nur ein Viertel verwandt wird. Da es sich um 270 000 alte Leute handelt, sind das nicht mehr als 136 M. pro Person und Jahr, zu denen aber die bisherige Armenunterstützung hinzukommt. Das ganze soll vereinigt als Pension, nicht mehr als Armenunterstützung gegeben werden. Die Durchführung der versprochenen Kranken- und Arbeitslosenversicherung hat der Minister für nächstes Jahr in Aussicht gestellt — vorausgesetzt, daß die Flottenausgaben wieder einen normalen Stand erreicht haben.

Für die Entwicklung des internationalen Flottenwahn-sinns ist kennzeichnend ein Vergleich, den L. George anstellte. 1886 trat ein konterbatterer Schatzkanzler zurück, da er es ablehnte, einen Marineetat von knapp 200 Mill. Mark zu vertreten. Diesmal betragen die Ausgaben aber 830 Millionen! Eine Verringerung dieses Betrags wird erhofft, wenn das deutsche Flottenprogramm erfüllt und damit eine weitere Steigerung unmöglich sein werde. Ja, wenn! Die Einnahmequellen sind: Zölle (nur Finanz-zölle, hauptsächlich auf Tabak, Alkohol und Tee) rund 32,1 Mill. Pf. — Indirekte Steuern (hauptsächlich Branntwein, Bier u. a.) 34,8 Mill. — Stempelabgaben 9,8 — Einkommensteuer (von Einkommen über 3204 M.) 87,1 — Grund- und Hausabgaben 8,8 Millionen. — Erbschaftssteuer 25,65 Millionen Pfund. Insgesamt 142 1/2 Millionen Pfund aus Steuern, wozu 30 Millionen Rückstände usw. kommen. Die neue Landwert-schätzung, die von den Grundbesitzern nicht ohne Grund bis aufs Blut beämpft worden ist, hat eine erhebliche Steigerung der Erbschaftsteuer im Gefolge gehabt. Der „Familienfiskus“ der englischen besitzenden Klassen muß die Probe einer Nachschabsteuerung von mehr als 520 Millionen Mark bestehen.

Die Zivilliste.

London, 6. Juli. Die mit der Festsetzung der Zivilliste des neuen Königs betraute Unterhauskommission hat als Gesamtsomme für die königliche Familie mit Ausnahme der Appanage des Prinzen von Wales 16 750 000 Pf. Sterl. bewilligt. Wenn der Prinz von Wales sich verheiratet, so wird für seine Gattin eine jährliche Rente ausgesetzt werden. Für die Königin Mary ist für den Fall des Ablebens des Königs eine Jahrespension von 1 750 000 Pf. Sterl., die gleiche Summe, welche die Königin Witwe Alexandra erhält, bewilligt worden.

Rußland.

Dem Heuter überliefert.

Die in Helsingfors und Wiborg stattgefundenen Verhaftungen, über die wir vor kurzem berichteten, haben bereits zu der Auslieferung der Gefangenen an die russischen Behörden geführt. Aus Helsingfors wurden acht Personen (darunter die Genossen Juba Dironomov) und aus Wiborg zehn Personen an die russische Grenze geschickt, wo sie von den Kerkermeistern des Jaren Liebevoll in Empfang genommen wurden. Sämtliche Gefangene werden dem Kriegsgericht übergeben. Den meisten von ihnen droht die Todesstrafe. Die russische Kriegsgerechtigkeit hat ihre Arbeit in Finnland begonnen. Ein neues schreckliches Verbrechen, ein neuer Massenmord wird vorbereitet.

Türkei.

Verhärterung des Boykotts.

Konstantinopel, 6. Juli. Nach einer Bekanntmachung des Boykottkomitees werden nach dem 5. Juli die in griechischen Schiffen verladene Waren ohne Rücksicht auf die Rationalität des Warenbesitzers nicht gelöst werden. Das Komitee fordert alle Geschäfte auf, ihre griechischen Angestellten zu entlassen.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Lübeck hielt am Montagabend seine Generalversammlung ab. Aus dem erstatteten Vorstandsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl sich trotz der Krise von 3271 auf 3720, also um 449 erhöht hat. Die Einnahmen und Ausgaben balancierten im Berichtsjahr mit 23 027,06 M. Auch die Berichte der Vertrauenspersonen der weiblichen Mitglieder und des Vorsitzenden der Jugendkommission konstatieren erfreuliche Fortschritte. Die Bürgerlichkeitswahlen haben uns im verflochtenen Jahre einen erheblichen Stimmenzuwachs und die Vermehrung unserer Mandate von

sieben auf zwölf gebracht. In drei Landgemeinden besitzen die Lübecker Genossen gegenwärtig ein Gemeindevorstandsmitglied und vierzehn Gemeinderatsmitglieder. Auf dem Landgebiet gelangt allmonatlich ein besonderes Organ „Der Landarbeiter“ sowie jährlich ein Kalender unentgeltlich zur Verteilung. Die Agitation ist durch Flugblätter und in Versammlungen in umfangreicher Weise betrieben worden. In der Versammlung wurde der Wunsch nach einer Verhärterung des Schnapsboykotts ausgesprochen und die Errichtung eines besonderen Jugendheims angeregt. Die Vorstandswahlen zeitigten die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Vorsitzender der Landesorganisation ist der Genosse W. Löwig. Mit großem Interesse wurde der Bericht über die Tätigkeit der Lübecker Bürgerlichkeitsfraktion bei der diesjährigen Budgetberatung entgegengenommen. Anwendungen und Kritik wurden nicht gemacht resp. geübt. Mitgeteilt wurde noch, daß im kommenden Winter wieder ein Vortragszyklus mit Genossen Rühl-Halle als Referenten arrangiert werden soll.

Der sozialdemokratische Kreisverein Mülhausen i. O. S. zählt nach dem in der Generalversammlung vom Sonntag, den 3. Juli, erstatteten Rechenschaftsbericht jetzt 1014 Mitglieder, darunter 61 weibliche, — er ist hiernach die stärkste sozialdemokratische Wahlkreisorganisation in Elsaß-Lothringen. Der Verein beschloß, die Wahl des Delegierten zum Radeburger Parteitag zum ersten Male mittels Urabstimmung vorzunehmen. Zu dem am 16. und 17. d. M. in Colmar stattfindenden Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens nahm die Vereinsversammlung vor der Delegiertenwahl einstimmig die folgende Beschlusresolution an:

„Die am 3. Juli 1910 tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins Mülhausen spricht die Erwartung aus, daß von den Delegierten des Kreises Mülhausen zur Landesversammlung in Colmar und von der Landesversammlung selbst revisionistischen Bestrebungen in der Partei, wie sie u. a. in der Teilnahme der unterelitären Bezirkstagsmitglieder an einem Bezirkstagsfestessen mit Kaiserhoch und in dem Bezirkstagsbesuch der Umdeutung unserer Programmstellung zu den indirekten Gemeindefestern zum Ausdruck kommen, mit Entschiedenheit entgegengetreten wird.“

Das in Rede stehende Bezirkstagsfestessen fand auf Einladung des Bezirkspräsidenten für Unterelsaß am Vorabend der Landesausschuhwahl im letzten Spätjahr statt. Bei der Wahl im Bezirkstag selbst unterlag dann der sozialdemokratische Kandidat Genosse Peirotes mit 15 Stimmen, darunter 11 oder 12 Liberale, während entgegen dem liberal-sozialdemokratischen Wahlabkommen außer den aufgestellten liberalen Kandidaten, welche mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen die Mehrheit erlangt hatten, anstelle des Genossen Peirotes ein — Zentrums-mann gewählt wurde. Die Wendung in der Resolution gegen die Umdeutung unserer Programmstellung zu den indirekten Gemeindefestern bezieht sich auf das Referat des Genossen Peirotes auf der Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Elsaß-Lothringens am 20. Februar d. J. in Colmar, worin Genosse Peirotes die prinzipielle Verpflichtung unserer Parteivertreter in den Gemeinderäten zur Ablehnung der säkularisierten Verbrauchssteuern (Oktroi) bestritt und den Satz aufstellte, die im § 13 des Postaristengesetzes von 1902 (Verbot der Weitererhebung kommunaler Abgaben auf Vieh, Fleisch, Getreide, Lackwaren vom 1. April 1910 ab) verfolgte Politik, welche die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mitgetreten hat, sei keine arbeiterfeindliche, sondern Mittelstandspolitik“. Auf Antrag des Mülhauser Kreisvereins sieht auf der Tagesordnung der Landesversammlung vom 17. d. Mts. befaßt die Erledigung dieser Meinungsverschiedenheiten um der Punkt „Sozialdemokratie und Oktroi“ mit Peirotes-Strasbourg als Referent und Emmel-Mülhausen als Korreferent.

Reichstagskandidatur. In einer am Sonntag, den 3. Juli, in Sonthofen stattgefundenen Wahlkreis-Konferenz für den 6. Schwäbischen Reichstagswahlkreis Innenstadt-Lindau wurde einstimmig Genosse Heinrich Götzler, Schreinermeister und Gemeindevorstandsmittler in Rempten, als Kandidat aufgestellt.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

(Sitzung vom Mittwoch, den 6. Juli 1910.)

Die Generaldebatte über die

Arztfrage

bezog sich heute namentlich auf den Vorschlag des Abg. Dr. Mugdan, daß nur ein Vertragsauschuh vorgeschrieben wird und nicht, wie in dem Entwurf vorgesehen, zwei Vertragsauschuh, nämlich einen für allgemeine Arztverträge und einen für besondere Arztverträge. Einige bürgerliche Abgeordnete schienen für diesen Vermittelungs-vorschlag zugänglich zu sein.

Unsere Genossen Hoch und Kollenbuhz traten jedoch diesen Vorschläge entschieden entgegen. — Die Ausschüsse sollen gewisse bindende Grundsätze für die Regelung des Verhältnisses zwischen den Krankenkassen und den Ärzten festlegen. Besteht nur ein Ausschuh, so ist es nicht ausgeschlossen, daß in diesem Ausschuh sowohl bei den Vertretern der Kasse als auch bei den Vertretern der Ärzte die Mehrheit für das eine Arzt-system und gegen das andere Arzt-system ist. Diese Mehrheit soll dann bindende Grundsätze auch für das andere Arzt-system festlegen. Das sei ein Umding und müsse die Verengung der Kassen und Ärzte zur Folge haben, die das andere Arzt-system durchführen wollen. Dagegen habe die Debatte ergeben, daß in der Praxis die Unterscheidung zwischen dem allgemeinen Arztvertrag und dem besonderen Arztvertrag sehr oft unmöglich sei. Daher werde es am besten sein, wenn die beiden Vertragsauschuh beseitigt werden. Die beiden Parteien sollen zunächst selbst versuchen, sich zu verständigen. Ist hierbei eine Verständigung nicht zu erreichen, erst dann soll sich die Beschgebung einmischen und ein Schiedsgericht möglichst unbefangener Personen schaffen. Daher würden die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission nur, um die Annahme eines Ausschuhes zu verhindern, und unter dem Vorbehalt für die beiden Ausschuhes stimmen, daß sie versuchen werden, in der zweiten Lesung Anträge zu unterbreiten, die die Beseitigung der Ausschuhes bezwecken.

Auch die Vertreter der anderen Parteien und selbst der Staatssekretär gaben zu, daß die zwei Vertragsauschuh, wie die Regierungsvorlage sie vorschlägt, nicht möglich seien. Unbeschränkt freie Arztwahl ohne einen besonderen Vertrag mit einem bestimmten Kreis von Ärzten kommen in der Praxis gegenwärtig so gut wie gar nicht vor. Demgemäß wird es unmöglich sein, einen Vertragsauschuh für den allgemeinen Arztvertrag zustande zu bringen. Aus diesem Grunde herrschte Uebereinstimmung darüber, daß in der zweiten Lesung eine gründliche Aenderung dieser Bestimmungen notwendig sei.

Hierauf trat die Kommission in die Beratung der einzelnen Bestimmungen ein. Allgemein zugestimmt wurde zunächst der Bestimmung, daß die rechtlichen Beziehungen der Krankenkassen und der Ärzte, die sich aus der ärztlichen Behandlung der Kassenmitglieder ergeben, durch Vertrag zwischen den Kassen und den Ärzten geregelt werden sollen. Die entscheidende Abstimmung fand bei dem nächsten Satze statt: Der Vertrag wird entweder als allgemeiner oder als besonderer Arztvertrag abgeschlossen. Diese Bestimmung wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler und des Polen angenommen. Darauf handelte es sich noch darum, ob der Antrag Dike angenommen und damit der besondere Arztvertrag nur in besonderen Fällen mit Genehmigung des Oberversicherungsamts zugelassen werde. Dieser Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Fortschrittler, des Zentrums und der Polen abgelehnt. Ebenso fiel der Antrag der Fortschrittler, daß der Arztvertrag nur in besonderen, vom Oberversicherungsamt zu bestimmenden Fällen abgeschlossen werden darf. Dafür stimmte außer den Antragstellern nur der Pole und Abg. Dr. Wörde. Damit

war der Grundsatz des Regierungsentwurfs angenommen, daß beide Arzt-systeme in gleicher Weise zugelassen sind.

Den

allgemeinen Arztvertrag

schließen die Kassen mit den Ärzten ihres Bereiches ab. Auf die Anfrage des Genossen Schmidt wurde festgestellt, daß die Kassen berechtigt sind, in dem Vertrage die Tätigkeit des einzelnen Arztes auf bestimmte Bezirke zu beschränken.

Ist ein allgemeiner Arztvertrag geschlossen, so kann jeder approbierte Arzt, der in dem Bereiche der Kasse wohnt, Kassenmitglied behandeln, wenn er dem Vertrage schriftlich beitrifft und — so hieß es in dem Entwurf — vom Beitritt nur ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde der Wortlaut dahin geändert, daß unter der angegebenen Voraussetzung ein Arzt nicht nur vom Beitritt zum allgemeinen Arztvertrag, sondern auch nach seinem Beitritt von dem Recht, Kassenmitglied zu behandeln, ausgeschlossen werden kann.

Abg. Kulerski hatte den Zusatz beantragt, daß bei dem Ausschuh nicht Gründe „religiöser oder politischer Natur“ maßgebend sein dürfen. Der Antrag wurde angenommen.

Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß in Frankfurt a. M., Stuttgart usw. bei der freien Arztwahl Ärzte durch den Arztverband aus dem Grunde ausgeschlossen seien, weil sie Anhänger der Homöopathie oder Hydrotherapie seien. Deshalb beantragten die Sozialdemokraten, daß auch aus Gründen wissenschaftlicher Natur Ärzte nicht von dem allgemeinen Arztvertrag ausgeschlossen werden dürfen. Diesen Antrag stimmten jedoch das Zentrum, die Konservativen und die Nationalliberalen nicht.

Der Referent sprach nach der Vorlage beantragt, daß ein Arzt vom Beitritt zum allgemeinen Arztvertrag ausgeschlossen wird. Ueber den Antrag entscheidet der Vertragsauschuh. Der ausgeschlossene Arzt und der Kassenverband haben die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde.

Dazu beantragten die Sozialdemokraten, daß die Beschwerde an die Spruchkammer des Oberversicherungsamts zu richten sei, weil dann bei dieser wichtigen Entscheidung auch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mitwirken. Der Antrag wurde abgelehnt.

Dann kamen die Bestimmungen über den besonderen Arztvertrag

zur Verhandlung. Zum Abschuh desselben kann die Sitzung den Vorstand ermächtigen, und es kann dann, abgesehen von dringenden Fällen, die Bezahlung anderer Ärzte abgelehnt werden. Dabei soll jedoch den Mitgliedern, soweit es ohne erhebliche Mehrbelastung der Kasse möglich ist, die Wahl zwischen mindestens zwei Ärzten freibleiben. Hier wollten die Konservativen das Wort „erheblich“ streichen, so daß nur zu häufig die Mitglieder auf einen einzigen Arzt angewiesen sein würden. Diese Zumutung lehnte die Kommission jedoch ab.

Leider wurde auch gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler, Sozialdemokraten und des Polen der Antrag der Nationalliberalen abgelehnt, daß in einer Kasse, die mehr als 2000 Mitglieder hat, für jedes angefangene weitere Tausend den Mitgliedern ein Arzt mehr zur Verfügung gestellt werden muß.

Ein Wechsel des Arztes ohne Zustimmung des Vorstandes soll nach der Vorlage während desselben Geschäftsjahres oder derselben Krankheit ausgeschlossen werden können. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Ausschuh des Wechsels während desselben Geschäftsjahres gestrichen wird, dazu lege gar kein Grund vor. Dagegen könne die Bestimmung zur unünftigen Härte führen. Leider wurde auch dieser Antrag von dem Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen gestrichen.

Die Bildung der beiden Vertragsauschuh

wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler und des Polen angenommen. Nach dem Entwurf sollen die Ausschuh für den Bezirk des Oberversicherungsamts gebildet werden. Die oberste Verwaltungsbehörde des Bundesstaates kann jedoch für das Gebiet desselben oder für Teile davon die Bezirke anders abgrenzen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Ausschuh für die Bezirke der Versicherungsämter gebildet werden, und daß für einen Kassenverband, dessen Bezirk sich über die Bezirke mehrerer Versicherungsämter erstreckt, auf Antrag des Kassenverbandes besondere Ausschuh gebildet werden. Die Ausschuh könnten nur dann den besonderen Verhältnissen aller beteiligten Kassen gerecht werden, wenn die Bezirke nicht zu groß sind. Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt.

Ueber die Regelung der Dedung der Kosten, die die Vertragsauschuh verursachen, enthält der Entwurf ausführliche Bestimmungen, darunter auch die, daß die Kosten den Krankenkassen allein auferlegt werden können.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Kosten unter allen Umständen von den beteiligten Kassen und Ärzten zu gleichen Teilen getragen werden. Die Kommission lehnte den Antrag ab, streich aber die Bestimmung, nach der die Krankenkassen zur Dedung der ganzen Kosten verpflichtet werden können.

Die höhere Verwaltungsbehörde soll nach dem Entwurf die Zahl der Arzt- und Kassenvertreter festsetzen. Dabei hat sie die Zahl der Kassenvertreter auf die im Bezirke vorhandenen Orts-, Land-, Betriebs- und Jünglingskrankenkassen der Vertragsgruppe entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder zu verteilen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß in den Ausschuh jede der beteiligten Kassen mindestens einen Vertreter haben muß. Dies sei notwendig, da die Ausschuh bindende Grundsätze für jede Kasse des Bezirkes festsetzen sollen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Angenommen wurde dagegen ein Antrag des Abg. Wehrens, nach dem die Bestimmung auch für die Anwartschaftskassen gelten soll.

Zur Wahl der Arztvertreter stellt die höhere Verwaltungsbehörde eine Liste auf. In diese Liste kann sich jeder Arzt eintragen lassen, der in dem Bezirke wohnt und nachweist, daß er Kassenmitglied behandelt. Nach dem Entwurf stand es dem Arzte, der sowohl an einem allgemeinen Arztvertrag als auch an einem besonderen beteiligt ist, frei, sich auf die Liste für beide Ausschuh zu lassen und dadurch das Wahlrecht für beide Ausschuh zu erlangen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Bestimmung dahin geändert, daß sich jeder Arzt nur auf eine Liste eintragen lassen kann.

Ferner wurde auf Antrag des Abg. Wehrens hinzugefügt, daß die Wahl geheim ist.

Endlich sollten nach der Vorlage die Arztvertreter durch die für den Bezirk zuständige ärztliche Ständevertretung gewählt werden, wenn die in die Liste eingetragenen Ärzte es einstimmig beantragen. Abg. Kulerski wollte diese Art der Wahl schon dann zulassen, wenn es zwei Drittel der wahlberechtigten Ärzte fordern. Abg. Mugdan trat entschieden für diesen Antrag ein, da es beleidigend für die große Masse der Ärzte sei, wenn schon die Stimme eines Kollegen genüge, die ärztliche Ständevertretung auszuschalten.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß nicht nur der Antrag Kulerski, sondern auch die Bestimmung der Vorlage abgelehnt werde. Die Wähler für die Ausschuhmitglieder seien nicht die an der Kassenpraxis beteiligten Ärzte, die Wähler der ärztlichen Ständevertretung dagegen alle Ärzte. Außerdem soll die Wahl der Vertreter für die Ausschuh eine Proportionalwahl sein. Die Ausschuh sollen die Mitglieder bei der Wahl der ärztlichen Ständevertretung um ihr Wahlrecht für die Wahl der Vertreter im Ausschuh zu bringen — bei der Wahl durch die Ständevertretung gegeben? Schließlich wurde dann auch sowohl der Antrag Kulerski als auch die Bestimmung der Vorlage mit allen Stimmen gegen die des Abg. Kulerski und des Abg. Dr. Mugdan abgelehnt.

Ein Senatspräsident zur Reichsversicherungsordnung.

Der antisoziale Charakter der Reichsversicherungsordnung, insbesondere in dem die Krankenklassen betreffenden Teil, ist augenfällig und selbst in einer wirklichen Sozialpolitik wenig geneigten Kreisen anerkannt.

Der Senatsvorsitzende im Reichsversicherungsamt, Dr. Konrad Wehmann, setzte sich hin und schrieb kurz eine Streitschrift, „Die deutsche Arbeiterversicherung und ihre Reform durch die Reichsversicherungsordnung“ benannt.

Ein Senatsvorsitzender am Reichsversicherungsamt soll aber auch „mitten in der sozialen Arbeit“ stehen und mehr Verständnis für die soziale Lage des arbeitenden Volkes zeigen, als das Bücklein uns zeigt.

Der Herr Senatsvorsitzende zählt sich mit Recht nicht zu den „nicht ganz links stehenden Sozialpolitikern“.

Der Herr Senatsvorsitzende zählt sich mit Recht nicht zu den „nicht ganz links stehenden Sozialpolitikern“.

Der Herr Senatsvorsitzende zählt sich mit Recht nicht zu den „nicht ganz links stehenden Sozialpolitikern“.

berzig, daß die Unternehmer eigentlich schon ohne Halbierung der Beiträge ein Recht auf die Hälfte der Stimmen in der Rassenverwaltung hätten.

„Schade, daß Dr. Wehmann damals nicht als Vertreter Bismarcks auftreten konnte! Und nun kommt der „politische Mißbrauch“ und wird man auf Enthüllungen gefaßt sein, die bekanntlich der Entwurf der Versicherungsordnung nicht gibt, weil nichts zu enthüllen ist.

„Man darf es vielmehr geradezu als eine Unmöglichkeit bezeichnen, daß eine politische radikale, von hochgepanntem Klassenbewußtsein erfüllte Arbeiterschaft im Besitze der vollen Macht in den Rassenorganen sein könne, ohne diese gegebenenfalls auch politisch auszunutzen.“

Material hat der Herr nicht und doch wagt er es, die Arbeiterklasse zu beschimpfen, da er sich diese gar nicht anders denken kann, als daß sie Mißbrauch den Krankenklassen treibt.

Er erzählt ihnen dann, daß ursprünglich auch der sanftere Plan bestanden habe, an die Spitze des Rassenvorstandes einen von der Behörde bestellten unparteiischen Vorsitzenden zu stellen.

Er erzählt ihnen dann, daß ursprünglich auch der sanftere Plan bestanden habe, an die Spitze des Rassenvorstandes einen von der Behörde bestellten unparteiischen Vorsitzenden zu stellen.

wenn er wirklich unparteiisch wäre, kann in der Lage sein, den Gläubigen an seine Unparteilichkeit bei derjenigen Partei zu erhalten, deren Wünsche er im einzelnen Falle widersprechen würde.“

Ein starkes Stück ist, daß ein Senatsvorsitzender im Reichsversicherungsamt noch Gegner der Zentralisation der Krankenklassen, sogar der Ortskrankenkassen selbst im Bereich der Gemeinde sein kann.

Nachständig sind auch des Verfassers Bemerkungen zu den famosen „Landkrankenkassen“: Es fehle den Landarbeitern an der genügenden Vertrautheit mit der Ausübung von Selbstverwaltungsberechtigungen.

Warum aber Dr. Wehmann für kleine Rassen eintritt, gesteht er und eigentlich bei dem Kapitel Betriebskrankenkassen.

Das der Redner gegen diese Schmarotzer nicht auftreten wird, war also schon vorauszu sehen.

Und weiter: Man macht ihnen (den Betriebskrankenkassen) den Vorwurf, daß sie die Stellung der Ortskrankenkassen erschweren dadurch, daß sie eine Konkurrenz der günstigen Risiken treffen.

Und weiter: Man macht ihnen (den Betriebskrankenkassen) den Vorwurf, daß sie die Stellung der Ortskrankenkassen erschweren dadurch, daß sie eine Konkurrenz der günstigen Risiken treffen.

Kleines feuilleton.

Langlebige Leute. In Königshütte starb dieser Tage eine 101 jährige Frau, namens Genette Weimer, die im Jahre 1809 in Ujest geboren ist.

Der Raugummi. Dieses eigenartige Genußmittel, das im Laufe der letzten drei Jahrzehnte in Nordamerika eine außerordentliche Beliebtheit erlangte, scheint heute sogar auf einem Eroberungszuge über die ganze Erde begriffen zu sein.

geschätzte tropische Frucht, die Sapotillaflaume. Ferner wird sein Holz, das sehr schwer und hart und dem Mahagoni ähnlich ist, zur Möbelfabrikation gern verwendet.

Die ungewaschene Erdbeere. Frisch geschälte Früchte sind wahrscheinlich vollkommen keimfrei, und man erzählt beispielsweise in der letzten Zeit einer Choleraepidemie, wie Robert Koch trotzdem Obst aß, indem er dabei nur sorgfältig die Schale so entfernte, daß eine Uebertragung der ihr anhaftenden Keime auf die geschälte Frucht unmöglich war.

genau geschehen als beim Gemüse. Vor allen Dingen ist es zu widerraten, Erdbeeren unmittelbar vom Beet wegzunehmen, wie man es wohl mit anderem Obst besonders gern tut.

Die höchsten Städte der Welt. Etwa 24 menschliche Ansiedlungen von der Größe, daß sie Städte genannt zu werden verdienen, liegen in einer Höhe von über 2000 Metern überm Meer.

Notiger. Richard Strauß, der derzeitige erste Kapellmeister der Berliner Igl. Oper, soll beabsichtigen, aus seiner Stellung auszuscheiden, um sich in Zukunft ganz seinem Schaffen widmen zu können.

Ein neuer Theaterverlag. In München hat sich der den Vertrieb von Theaterstücken pflegende Rubiner Verlag mit der Theaterabteilung des Verlages von Georg Müller vereinigt.

Eine Erbung von Frau Curie. Frau Curie in Paris, die Entdeckerin des Radiums, hat eine in wissenschaftlichen Kreisen hochbewertete Auszeichnung erhalten, nämlich die von der Londoner Gesellschaft der Ärzte zu verleiheude Albert-Weballe.

einsetzen, die bei einer ärztlichen Untersuchung gesund befunden worden sind." Der Vorwurf ist also doch berechtigt? Nein — sagt der Herr Redner, denn die Statistik zeigt, daß die Betriebskrankenlisten auch hohe Krankheitsziffern haben und daß die unzureichend vielfach verwirklichte Auswahl der Versicherten der sachlichen Notwendigkeit entspricht, für die Großbetriebe mit ihrer schärferen, alle Kräfte anspannenden Betriebsweise nur wirklich leistungsfähige Arbeiter einzustellen. Der Anwalt der Betriebskrankenlisten vergißt dies natürlich auch bei dem Kapitel „Unfallversicherung“ zu wiederholen. Deshalb sollten dann nicht auch die Großbetriebe in der Unfallversicherung eine Extrawurst gebrauchen bekommen? Die „aristokratische Nebenform der Ortskrankenliste“ sei aber noch aus einem anderen Grunde nötig. „In dieser Klassen findet ein Zusammenschluß des Arbeitgebers und seiner Arbeiter zu gemeinschaftlicher Arbeit und gemeinschaftlicher Verantwortung statt, den anzustreben dem Unternehmer nicht verwehrt werden kann. Unternehmer und Arbeiter lernen sich in den Betriebskrankenlisten auf einem wenigstens in der Hauptsache neutralen Boden besser kennen als es sonst vielleicht der Fall sein würde. Die Arbeiter haben gegenüber den praktisch bedeutsamen Vorrechten des Unternehmers doch die Mehrheit der Stimmen, und damit in entsprechend scheinenden Fällen die volle Möglichkeit, sich gegen unbedeutende Maßnahmen erfolgreich zu wehren.“

So viel Worte, so viel Unrichtigkeiten! Zuerst betont der Redner ja selbst, daß der „Herr des Betriebes“ in der Lage ist, die ihm unbedeutenden Elemente aus dem Betrieb zu entfernen, also jede Opposition der armen Klassenmitglieder im Keime zu ersticken, und dann sollen die Arbeiter wieder „die volle Möglichkeit“ haben, sich zu wehren! Das verstehe, wer kann. Schließlich vergißt der Herr sein Loblied auf die Halbierung der Beiträge und Besetzung der Vorstände. Oder haben dann die Arbeiter immer noch die Mehrheit der Stimmen? ... Ob „die mitten in der sozialen Arbeit stehenden Geistlichen“ diese Widersprüche gar nicht gemerkt und lebhaft Bravo! Bravo! gerufen haben?

Die Jungerkranktenlisten werden mit einigen Zeilen abgetan, denn die Geistlichen werden von dieser Klassenart noch wenig gehört haben, da sie nach Ansicht ihres Redners „keine sehr erhebliche Bedeutung“ haben. Und trotzdem soll dieser Unflug der Zwergklassen weiter bestehen? Auch über die Knappschaftskassen kommt er mit neun Zeilen hinweg. Alles in bester Ordnung. Mehr Gewicht legt er aber auf die „Eingeschriebenen Hilfsklassen“, die „reine Arbeiterklassen“ sind. Was — werden die Geistlichen da gerufen haben. Hier gibt er keinen Vardon und sind diese auch nicht mehr die „aristokratische Nebenform der Ortskrankenlisten“ — sie sind ja „reine Arbeiterklassen“. Denn, gegen die Hilfsklassen wird mit Recht das Bedenken erhoben, daß sie zu Ungunsten der übrigen Klassenformen die günstigsten Mittel ausüben. Deshalb nieder mit den Hilfsklassen, die ja „reine Arbeiterklassen“ sind. Doch nein, sie sollen ja nicht beseitigt, bewahrt! Sie sollen ja nur besser kontrolliert und unter „Aufsicht des kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung“ — „in einem den Mißbrauch ausschließenden Sinne organisiert“ werden.

Aus der Justizkommission.

Sitzung vom 5. Juli 1910.

In der Fortsetzung der Beratung über die §§ 293 und 297 am Dienstag drehte sich die Debatte in erster Linie darum, ob ein gerichtliches Protokoll nur dann angefochten und zur Unterlage eines Revisionsverfahrens gemacht werden kann, wenn es gefälscht ist, oder ob eine Unrichtigkeit im Protokoll genügt, die Anfechtung zu rechtfertigen. Den letzteren Standpunkt vertreten außer unseren Genossen, von denen ein sehr krasser Fall einer Protokollfälschung angeführt wurde, auch einige Zentrumsabgeordnete, Nationalliberale, Konservativen und der Antisemit. In demselben Sinne gegen diese Forderungen. Und ein von konservativer Seite gestellter Antrag ging in seiner verschlechterten Tendenz noch über die Regierungsvorlage hinaus.

Von den Verteidigern des sozialdemokratischen Antrages und des Antrags Groeber — dessen Inhalt wir im letzten Bericht skizzierten — wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß durch den Regierungsentwurf und den konservativen Antrag die Wahrheitsbeweismöglichkeit in beträchtlichem Maße eingeschränkt werde. In der Abstimmung wurden die prinzipiell bedeutenden Anträge abgelehnt und der Regierungsentwurf mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Der 7. Abschnitt des 2. Buches handelt von dem Schwurgericht. Dazu lag ein von einzelnen Konservativen, Nationalliberalen und antisemitischen Abgeordneten unterzeichneter Antrag vor, der eine prinzipiell wichtige Änderung für die Bildung der Geschworenenbank forderte. So wurde in erster Linie verlangt, daß die Geschworenen nur unter den gleichen Bedingungen abgelehnt werden können, die für die Ablehnung der Richter und Schöffen gelten. Nach dem geltenden Recht kann ein Geschworener im Gegensatz zu den Schöffen ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Ferner soll nach dem konservativ-nationalliberalen Antrag die Zahl der Geschworenen von 12 auf 9 herabgesetzt werden. — In der Diskussion sprachen sich die Redner des Zentrums, der Fortschrittler und vor allen Dingen unsere Genossen gegen den Antrag aus. Während aber aus den Reihen der Zentrumsleute im Evidentialfall eine Reingung zur Herabsetzung der Zahl herausfiel, waren unsere Genossen scharf gegen jede verschlechternde Änderung der Geschworenenrichterschaft. Je kleiner die Zahl der Geschworenen werde, je enger werde der Kreis der Bevölkerung, aus dem die Laienrichter genommen werden. Schon heute sei die Auswahl der Geschworenen auf eine verhältnismäßig kleine Zahl der Bevölkerung beschränkt. Die weiten Kreise der Arbeiter bleiben so gut wie ganz unberücksichtigt. Dadurch seien schon heute die Geschworenen keine eigentlichen Volksgerichte mehr.

Im Namen der Verbündeten Regierungen sprach sich der Staatssekretär des Reichsjustizamtes gegen den Antrag aus, betontend, daß die Regierung entschlossen sei, an der Institution der Schwurgerichte prinzipiell nichts zu ändern. — Nach längerer Diskussion, in der sich auch ein konservativer Redner gegen den Antrag ausdrückte, ergab sich, daß die Kommission zu einer Ablehnung des Antrages kommen würde; die Antragsteller zogen deshalb den Antrag zurück.

Zum § 279 nahmen unsere Genossen einen vom antisemitischen Kommissionsmitglied fallen gelassenen Antrag auf, nach dem die Vereidigung eines Zeugen nur unterbleiben darf, wenn kein Geschworener widerspricht. Dieser Antrag wurde abgelehnt. — Beim § 290 wurde ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der verlangte, daß die Prozeßbetreffigen ein Recht auf eine Abschrift der den Geschworenen gestellten Fragen erhalten. — Der § 289 der Regierungsvorlage besagt u. a., daß die Rechtsbelehrung der Geschworenen durch den Vorsitzenden von seiner Seite erörtert werden darf. Demgegenüber verlangte ein Antrag Groeber, daß Staatsanwalt und Verteidiger gegen bestimmte Sätze der Belehrung Einwendungen erheben und protokolllarische Feststellungen verlangen können. Ein Antrag unserer Genossen forderte, daß die Belehrung schriftlich zu fixieren, dann zu verlesen und dem Protokoll als Anlage beizufügen ist. Durch diesen Antrag sollen auch aus der Rechtsbelehrung, die oft genug durch ihre Art und Weise das Urteil der Geschworenen beeinflusst, Revisionsgründe hergeleitet werden können. Die Regierungsexperten wollten von diesen Verbesserungen nichts wissen. Wegen des sozialdemokratischen Antrages wurde vor allen Dingen eingewendet, daß die schriftliche Fixierung sich schwer durchführen ließe. — Ein weiterer Antrag Groeber schlug vor, daß erst die Rechtsbelehrung, dann die Stellung der Fragen an die Geschworenen und zuletzt die Klärung des Staatsanwalts und der Verteidiger erfolgen solle. — Unter Ablehnung aller Anträge wurden die Bestimmungen der Regierungsvorlage aufrechterhalten.

(Sitzung vom 6. Juli.)

Am Mittwoch wurden die Beratungen beim dritten Buch: Rechtsmittel und Wiederaufnahme; erster Abschnitt: Allgemeine Vorschriften über Rechtsmittel fortgesetzt. — Beim § 301 brachte ein Zentrumsabgeordneter zur Sprache, daß von den Anklagebehörden in viel zu weitgehender Weise Berufungen eingelegt werden. Er verwies auf einzelne in Preußen an die Staatsanwaltschaft ergangene Verfügungen, worin sie zur Einlegung von Berufungen angehalten wurden. Dagegen habe die oberbürgerliche und württembergische Regierung durch entsprechende Erlasse dieser überhandnehmenden Anwendung der Rechtsmittel durch die Anklagebehörde vorgebeugt. Die Regierungsvorrede betonte, daß in Preußen bisher Verfügungen im oben angeführten Sinne nicht ergangen sind, wenigstens nicht von Seiten einer Zentralbehörde, sondern höchstens für einzelne Orte.

Ferner erklärte ein Regierungskommissar, es sei dem Sinne des Gesetzes widersprechend, wenn im Anschluß an vom Beurteilten eingelegte Berufungen ohne triftige Gründe, und nur um die Lage zu erschweren, auch von der Staatsanwaltschaft Berufungen eingelegt werden.

§ 303 gibt dem Ehefrau das Recht, für seine Frau ohne besondere Ermächtigung ein Rechtsmittel zu ergreifen. Ein Antrag unserer Genossen forderte dasselbe Recht auch für die Ehefrau, die mit dem Manne auch in dieser Beziehung gleichgestellt werden müßte. Die Regierungsvorrede meinte, dazu liege eine Notwendigkeit nicht vor. Trotzdem fand der Antrag unserer Genossen starke Sympathien. So erklärte sich außer den Fortschrittler auch ein Mitglied der Reichspartei und des Zentrums dafür, und nur mit Stimmengleichheit wurde der Antrag abgelehnt.

Zum § 306 verlangte ein Zentrumsantrag, daß, wenn auf die Benutzung eines Rechtsmittels verzichtet wird, dieser Verzicht bis zum Ablauf der Einlegungsfrist wieder zurückgenommen werden kann. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der zweite Abschnitt des 8. Buches handelt von der Beschwerde. Hier entspann sich beim § 314 eine längere Debatte über einen Antrag Groeber, der forderte, daß sofortige Beschwerden auch an den erkennenden Richter gerichtet werden können. Nach dem geltenden Recht und dem Entwurf kann sich eine solche Beschwerde nur an die höhere Instanz wenden. Die Kommission erklärte sich in ihrer Mehrheit im Prinzip für diese Anordnung, behält sich aber ihre Befugnis für die 2. Lesung vor.

Beim dritten Abschnitt: Berufung beantragten unsere Genossen, daß das Recht der Berufung auch auf die in erster Instanz vor dem Schwurgericht oder Reichsgericht ergangenen Urteile ausgedehnt werden solle. Ferner müßte ausdrücklich bestimmt werden, daß die Staatsanwaltschaft zugunsten des Angeklagten oder Angeklagten die Berufung nicht einlegen darf. Die Berufung gegen ein Schwurgerichtsurteil würde von einem anderen Schwurgericht, die Berufung gegen ein erstinstanzliches Reichsgerichtsurteil von zwei anderen Senaten zu erledigen sein. — Die Regierungsvorrede wendete sich gegen diese Anträge, ebenso ein nationalliberaler und fortschrittlicher Redner. Der letztere erklärte sich auch gegen einen sozialdemokratischen Evidentialantrag nach dem das Berufungsrecht der Staatsanwaltschaft wesentlich eingeschränkt werden solle. Diese Forderungen wurden früher auch von dem freisinnigen Abgeordneten Mandel erhoben; die heutigen „Fortschrittler“ wollen davon nichts mehr wissen. Auch das Zentrum verhielt sich feilschweise ablehnend, doch wurden bei ihm auch Stimmen für eine Berufung gegen Schwur- und Reichsgerichtsurteile laut. Gegen die Stimmen unserer Genossen und eines Polen wurden die Anträge abgelehnt.

Die §§ 318, 317 und 318 bringen insofern eine erhebliche Verschärfung des Berufungsrechts gegenüber dem bestehenden Recht, als nach dem Entwurf der Regierung eine eingelegte Berufung hinfällig wird, wenn nicht innerhalb 8 Tagen nach Einlegung die Begründungsanträge eingebracht sind. Nach dem geltenden Recht war eine vorherige Begründung der Berufung nicht erforderlich. Unsere Genossen und die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten beantragten die Streichung der neuen Bestimmungen und die Beibehaltung der geltenden Vorschriften. Dagegen sprachen Nationalliberale und Konservativen. Unsere Redner wiesen insbesondere darauf hin, daß man von Leuten, die sich keinen Rechtsbeistand sichern können, nicht verlangen kann, in einwandfreier Form die Berufungsgründe anzugeben. Wenn auf der einen Seite die Berufungsmöglichkeit auch auf die Strafhammerurteile ausgedehnt wird, soll man durch formalistische Schwierigkeiten diese Verbesserung nicht wieder aufheben.

Die Debatte wird abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Soziales.

Aus dem Tapezierergewerbe.

Vor dem Innungsstichtungsgericht gelangte am Dienstag eine Anzahl aus Arbeitsverhältnissen im Tapezierergewerbe hervorgeragene Rechtsstreite zur Verhandlung, die wieder einmal zeigten, welche Schwierigkeiten immer noch von einem nicht unbedeutenden Teil von Innungsmeistern deren Arbeitern gemacht werden, bevor die Lohnanprüche derselben befriedigt werden.

1. So hat der Tapezierermeister Otto Thiele dem Tapezierer B. kürzlich 30,97 M. Lohn einbehalten, weil sich inzwischen eine im November vom Arbeiter hergestellte Arbeit als mangelfast gemacht herausgestellt haben soll. Das Schiedsgericht lehnte es ab, die gerügte Arbeit auf ihre Güte zu prüfen und verurteilte den Meister zur Zahlung des einbehaltenen Lohnes, da der Lohnabzug nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs unzulässig war.

2. Dem Tapezierer L. hat der Tapezierermeister August Wünsch 2,70 M. vorenthalten, weil sich L. zuviel Lohnstunden angeschrieben haben soll. Den Beweis für seine Behauptung konnte der Meister nicht erbringen. Die aus dem Gewerbe entnommenen Zeitzer des Schiedsgerichts hielten den vom Kläger angegebenen Zeitaufwand für die Vorarbeiten für vollkommen angemessen. Beklagter wurde nach dem Klageantrage verurteilt.

3. Aus dem gleichen Grunde hat der Tapezierermeister Franz Fignon dem Wesellen Sch. 5,90 M. Lohn nicht gezahlt. Auch hier erfolgte Verurteilung.

4. Einen falschen Weg, um zu seinem Lohne zu gelangen, hatte der Tapezierer L. eingeschlagen. L. hatte bereits ein rechtskräftiges Urteil auf Zahlung von 86 M. gegen den Tapezierermeister Scheibitz erstritten. Jedoch die Forderung war fruchtlos ausgefallen. Er klagte nun ohne Erfolg gegen den Tapezierermeister Lehmann, für den er die in Rede stehenden Arbeiten im Auftrage Sch. ausgeführt hatte. Das Schiedsgericht vertrat die Ansicht, da durch rechtskräftiges Urteil bereits festgestellt sei, daß Sch. der Arbeitgeber des Klägers gewesen sei, könne der Klage gegen den Beklagten nicht entsprochen werden. Der Kläger zog darauf die Klage zurück.

5. Der Tapezierer R. war von der Firma Wendland u. Co. freigestellt worden, weil er sich in ungehöriger Weise über einen Auslöser geäußert habe. Der daraufhin geltend gemachte Schadenersatzanspruch von 70 M. wurde dem Kläger vom Schiedsgericht zugesprochen, weil die von der Beklagten gerügte Bemerkung des Klägers (die Beklagte solle sich einen Auslöser nehmen, der hübscher ist) kein Grund zur Entlassung war.

6. Eine Entschädigung von 80 M. wegen fruchtloser Entlassung verlangte der Tapezierer J. vom Tapezierermeister Robert Biedle. Kläger hat selbst ausgeführt, weil ihm der Lohn gegen seinen Willen von 22 M. auf 25 M. pro Woche gefügt werden sollte. Die Klage wurde abgewiesen. Das Schiedsgericht vertrat die irrige Ansicht, der Kläger hätte die zwei Wochen zu 25 M. arbeiten müssen und nachher den Differenzbetrag einfordern können. Die Gewerbeordnung (§ 194, Ziffer 4) rechtfertigte das Verlangen des Klägers vollkommen.

Wie eine Verkäuferin sich heiden muß.

Eine Toilettenfrage hatte die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung zu lösen. Die Verkäuferin

Frau A. erhob gegen das Bijouteriewarengeschäft von Baum Sohn Klage auf Restgelt für zwei Monate. Der Hergang, der zu ihrer sofortigen Entlassung führte, war nach ihrer Schilderung der folgende: Der Prinzipal erklärte ihr eines Tages unter vier Augen, sie solle sich zu „auschweifend“ und darum könne er sie nicht weiter behalten. Sie erwiderte dem Chef darauf, sie sei sich zwar bewußt, stets sauber und adrett zu gehen, könne aber nichts Extravaganantes an ihrer Kleidung finden. Der Beklagte sprach aber dennoch wegen Verdachtes der Unredlichkeit die Entlassung aus, und ihr Toilettenaufwand sei mit ihrem Gehalt von nur 80 M. nicht in Einklang zu bringen. — Im Termin zeigte sich die Verkäuferin dem Richterkollegium in der vom Chef als „auschweifend“ bezeichneten Toilette. Es war ein guttühendes, aber einfaches, dunkelblaues Jadenkostüm, das in Verbindung mit dem blumengeschmückten Strohhut keineswegs auffallend wirkte. Als Belastungszeugen marschierten eine ganze Anzahl früherer „Kollektiven“ der Klägerin auf. Sie hatten nämlich im Geschäft die Garderobe der Verkäuferin A. einer genauen Prüfung unterzogen und herausgefunden, daß das Kostüm „feinste Schneiderarbeit“ ist und unmöglich von ihr selbst, wie sie angab, hergestellt sein kann. Dem Gut schätzte eine Kollegin auf „mindestens 30 Mark“, während Verkäuferin A. ihn im Geschäft mit 10 M. angeboten haben sollte.

Die Beweisaufnahme ergab, daß die Klägerin ein Opfer ihrer Gutmütigkeit den Mitangeestellten gegenüber geworden war. Nur aus reiner Gefälligkeit hatte sie den Gut der Aufsichtsdame auf deren Witten von ihrer in einem Gutgeschäft tätigen Schwester besorgen lassen wollen, und ein Sachverständiger hielt auch den Preis für durchaus angemessen. Die Hession hat einen Wert von zirka 4 M. Das zum Anstoß gewordene Kleid ist von der Mutter der Klägerin hergestellt worden. Die Beklagte wurde zur Zahlung des Restgebhalts verurteilt. Ihre Schen vor adretten Toiletten kommt ihr teuer zu stehen.

Bei Stadtverordneten-Wahlwahlen ist der Anfangstermin innewahalten.

Die Frage, ob auch bei Wahlwahlen der für den Beginn festgesetzte Zeitpunkt innewahalten ist, hatte am 5. Juli das preussische Ober-Verwaltungsgericht zu entscheiden. Wegen Nichtinnewahaltung dieses Zeitpunktes hatte der Rechtsanwalt Dr. Ablaß die Wahl der Herren Bießer, Altmann, Schmidt, Bonnet und Weiersdorf zu Stadtverordneten von Hirschberg angefochten. Es handelte sich um die Wahlen der ersten Abteilung. Der Hergang war folgender: Die Wahlen der zweiten und ersten Abteilung fanden am selben Tage statt. Für die der zweiten Abteilung war die Zeit von 9 bis 11 Uhr und für die der ersten Abteilung die Zeit von 12 bis 1 Uhr angelegt worden. Da um 11 Uhr noch eine ganze Anzahl Wähler der zweiten Abteilung anwesend waren, die noch nicht abgemittelt hatten, so wurden von 11 Uhr ab bis zur Erledigung ihrer Abstimmung die Türen geschlossen gehalten. Es wurde mittlerweile 11¼ Uhr. Nun durften zwar die Wähler der ersten Abteilung hinein. Da aber jetzt noch das Resultat der Wahlen der zweiten Abteilung festgesetzt wurde, so begann der Wahlakt der ersten Abteilung faktisch erst nach 12 Uhr, statt um 11 Uhr, wie festgesetzt. Darauf berief sich Dr. Ablaß in seiner Anfechtungsklage, nachdem die Stadtverordnetenversammlung seinen Einspruch verworfen hatte. — Der Vertriebsausführer zu Dignitz wies die Klage ab. Er vermochte eine erhebliche Unregelmäßigkeit nicht einzusehen, weil den wenigen Wählern der ersten Abteilung noch Zeit genug geblieben sei. Und Erwägungen, wie man sie bei einer Terminwahl anstellen könne, trafen bei einer Fristwahl nicht zu. — Dr. Ablaß legte Berufung ein und machte geltend, daß auch bei Fristwahlen der Anfangstermin sehr wichtig sei, weil die Wähler mit ihren Dispositionen sich danach richteten. — Das Ober-Verwaltungsgericht gab der Berufung statt und erklärte die fünf Wahlen der ersten Abteilung mit folgender Begründung für ungültig: Die Nichtinnewahaltung auch der für eine „Fristwahl“ festgesetzten Zeit sei als eine erhebliche Verletzung wesentlicher Formvorschriften anzusehen und mache die Wahlen ungültig.

Aus Industrie und Handel.

Heringefallene Agrarier.

Mit der Talonsteuer wollten die Agrarier hauptsächlich das Großkapital treffen und alle Vermunftsgründe, mit denen man sie überzeugen wollte, daß in letzter Linie der Schuldner zu bezahlen habe, prallten wirkungslos ab. Nun ist den Agrariern die Nichtigkeit obiger Argumentation in ziemlich drastischer Weise zum Bewußtsein gekommen. Diese Steuer sollte natürlich auch von den Pfandbriefinhabern bezahlt werden. Die General-Landchaftsdirektion machte nun aber die Entdeckung, daß die Pfandbriefinhaber nicht geneigt waren, diese Kosten auf sich zu nehmen. Es fand deshalb eine Konferenz der General-Landchaftsdirektoren Ostpreußens statt, und wie in den „Preussischen Jahrbüchern“ recht erbaulich nachzulesen ist, kamen die Herren zu der Ueberzeugung, daß weiter nichts übrig bleiben werde, als die Steuer den Schuldnern aufzubürden. Herr v. Didenburg-Januschau ist Mitglied des Plenarkollegiums der ostpreussischen Landchaft und er machte dort seiner Verblüffung mit den Worten Luft, daß die Fassung der Vorlage allein die Schuld trage, daß sie so besonders unsympathisch geworden ist. Sein Fraktionskollege, der Reichstagsabgeordnete Reibel meinte, es müßte anerkannt werden, daß die Wirkungen des Gesetzes anders gedacht waren, als sie dies jetzt im Wirtschaftsleben gezeigt haben. Für die Pfandbriefe der ostpreussischen Landchaft hatten 940 000 M. Talonsteuer bezahlt werden müssen. Die Landchaft beschloß nun, diesen Betrag von den Schuldnern einzuziehen, und um selbst auch noch Kapital in die Hand zu bekommen, gleich noch 235 000 M. mehr. Die Preise der Pfandbriefe, die in so beweglichen Worten die Talonsteuer angepriesen hatte, hat sich bis jetzt vollständig über diesen Vorfall, der keineswegs so vereinzelt dasteht, aufgehoben, und selbst die „Deutsche Tageszeitung“, die direkt brieflich auf diese Vorgänge hingewiesen wurde, hat den Brief leider unbeachtet im Papierkorb verschwinden lassen.

Eine neue Elektrobank. Unter der Firma Bergmann-Elektrizitäts-Unternehmungen A. G. haben die Bergmann-Elektrizitätswerke ein neues Unternehmen ins Leben gerufen, dessen Zweck der Bau und Betrieb von städtischen und Ueberlandzentralen sowie von elektrischen Bahnen und die hiermit im Zusammenhang stehenden Finanzierungen bilden. Zur Vorbereitung dieser Projekte werden die Bergmannwerke ihre bisherigen Abteilungen für Bahnen und Zentralen der neuen Gesellschaft überlassen. In dem Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft sind die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft, der Schoaffhausener Vanterin, die Allgemeine Deutsche Kreditbank, das Bankhaus Bernhard Caspar, Hannover sowie die Bergmannwerke vertreten. Das Aktienkapital beträgt 12 Millionen Mark.

Kündigung des deutsch-japanischen Handelsvertrages. In maßgebenden deutschen Regierungskreisen erwartet man, wie die „Reichs-Korrespondenz“ berichtet, mit Sicherheit die Kündigung des deutsch-japanischen Handelsvertrages bis zum 18. Juli d. J. Die deutsche Exportindustrie ist bereits damit beschäftigt, ihre Wünsche für den Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Japan den zuständigen Behörden bekanntzugeben.

Japan hatte erstmalig im Jahre 1906 die Zölle seines Generaltarifs erhöht. Im April d. J. wurde eine neue Erhöhung vorgenommen mit der Absicht, die bestehenden Handelsverträge zu kündigen.

Das mißhandelte Schuttmannspferd.

Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß in Magdeburg die Polizei bei der diesjährigen Meißer einige schneidige Attaken ritt. Mit gezogenen Säbeln treiben die berittenen Schuttmannspferde die Menge in die Flucht und brachten einzelne Personen in die Gefahr, von Pferdehufen zertreten oder von Pferdeleibern erdrückt zu werden.

Das Pferd ein „Ausrüstungsgegenstand des Schuttmanns“, ein Schlag gegen das Pferd — Widerstand gegen die Staatsgewalt — weiter kann juristische Konstruktion schwerlich gehen. Oder wird nachträglich auch der Pferdeapfel als Inbegriff des preussischen Staates, die Auffammlung desselben vielleicht gar als Landesverrat angeproben werden?

Die Perspektive, wie gar ein Angriff auf kaiserliche Pferdeapfel von „gelehrten“ Juristen bewertet werden kann, ist so unendlich, daß sich die Erörterung des Themas: „Unter welche strafrechtlichen Vorschriften fällt das Sammeln kaiserlicher Pferdeapfel?“ für Afforenprüfungen empfehlen läßt.

Ein umfangreicher Reineidsprozeß

gegen den schon aus vielen Prozessen bekannten Direktor der „Berliner Ausstellungsgalerien“ G. m. b. H. Martin Ball und zwei seiner früheren Angestellten begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Auf der Anklagebank saßen neben dem schon wegen Betruges verurteilten Ball der Kontorist Otto Biernat und der Kaufmann David Sinnerich. Die Anklage gegen Ball lautete auf Reineid und Anstiftung zum Reineid in 2 Fällen, gegen Biernat und Sinnerich auf Reineid in je einem Falle.

Die Angeklagten bestreiten, sich der Anstiftung bezw. des Reineides schuldig gemacht zu haben. Die Verteidiger haben einen umfangreichen Entlastungsbericht angetreten. Bei Beginn der Sitzung stellte Rechtsanwalt Dr. Werthauer als Vertreter des Letztgenannten a. D. Schramm den Antrag, als Nebenkläger zugelassen zu werden.

richt beschloß nach längerer Beratung den Antrag auf Zulassung der Nebenklage abzulehnen. — Justizrat Dr. von Gordon tritt mit Rücksicht auf den leidenden Zustand des Angeklagten Ball ihm nach Möglichkeit jede Erleichterung im Lazarett zu gewähren, da sonst nicht zu Ende geführt werden könne.

Sittlichkeitsverbrechen.

Der für die Kriminalstatistik gewiß seltene Fall, daß an einem Tage in dem Roabiter Kriminalgericht nicht weniger wie 12 Fälle von Sittlichkeitsverbrechen schwerster Art zur Verhandlung gelangten, ereignete sich am gestrigen Tage. Fast in jeder der Roabiter Strafkammern standen ein oder mehrere Fälle von Verbrechen gegen die §§ 176, 177 und 178 St.-G.-B. zur Anklage.

Zu 4 Jahren Zuchthaus wurde zu der gleichen Zeit der Schuttmannmeister August Gehhaar von der 3. Strafkammer des Landgerichts I verurteilt. Der Angeklagte betrieb in der Friedenstr. 61 einen Schuhmacherladen. Schon wiederholt war es Hausbewohnern aufgefallen, daß sich in dem Geschäft des Angeklagten zahlreiche Schuhmädchen aufhielten.

Schwerer Verstoß gegen die Sittlichkeit hatte sich auch der Kaufmann Julius Schwarz schuldig gemacht, der sich unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens vor dem Strafrichter zu verantworten hatte. Der Angeklagte war beobachtet worden, wie er auf der Straße Schullinder beiderlei Geschlechts an sich lockte und ihnen gewisse Silber zeigte.

In den übrigen, an anderer Stelle verhandelten Prozessen dieser Art wurde auf Gefängnis- und Zuchthausstrafen von 3 Monaten bis zu 2 Jahren erkannt.

Die unbeleuchtete Gassenstreppe.

Welche verhängnisvollen Folgen eine kleine Nachlässigkeit haben kann, zeigt der nachstehende Fall. Im „Gasthof zum Mohren“, dem bestbesuchten in Triptis, stieg am 14. Mai 1908 der Agent B. ab und erhielt ein Zimmer im zweiten Stock angewiesen. Er bestellte ein warmes Abendessen und trug zunächst seine Briefe auf sein Zimmer. Plötzlich hörte der Kleiner auf der Treppe ein Gepolter und eilte selbst die Treppe hinauf.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall.

Amlich wird aus Kachen-Tempelabend vom 8. Juli gemeldet: Der Personenzug 1114 von Wehberg rutschte über das halt zeigende Einfahrtsignal O und stieg heute vormittag 6 Uhr 25 Min. mit dem nach Kachen, Hauptbahnhof, ankommenden holländischen Personenzug 5501 an dem Kreuzungspunkt Kilometer 4,8 zusammen.

Nach einer neueren amtlichen Meldung sind bei dem Zusammenstoß die beiden Zugmaschinen und drei Wagen des Wehberger Zuges stark beschädigt worden. Der Lokomotivführer des belgischen Personenzuges und 22 Reisende wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

Wahnsinn und Selbstmord infolge Arbeitslosigkeit. Man meldet uns aus Brüssel: Im Arbeiterdorf Schaerbeek hat sich gestern der Arbeiter François Gaed während der Abwesenheit seiner Frau aus dem Fenster gestürzt. Gaed ist infolge langer Arbeitslosigkeit in großes Elend geraten, so daß ihn der Hunger, trotz aller Anstrengungen keine Arbeit finden zu können, zum Wahnsinn führte.

Die Folgen des Vögerrummels.

Wie aus New York berichtet wird, sind bei den Zusammenstößen zwischen Weissen und Negern infolge des Sieges des Regers Johnson 30 Neger getötet. In der Stadt New York allein kam es in der verflochtenen Nacht an vier verschiedenen Stellen zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Weissen und Schwarzen. In den Regerkreisen wurden verschiedene Neger mit Gewalt aus den Lokalen geholt und auf der Straße mißhandelt.

unterlag, da man bei dem starken Rassenhaß tumultuarische Szenen und Unruhen befürchtet.

Beim Abziehen von Feuerwerk aus Anlaß der Feier des Unabhängigkeitstages sind im ganzen Lande 28 Personen getötet und 1758 verletzt worden.

Der Kientopp auf Rädern.

Um auch den Bewohnern der kleinen Ortschaften, selbst der entlegenen Dörfer, die „Genungen“ der kinematographischen Vorführungen zu Teil werden zu lassen, hat man jetzt einen „Kientopp“ auf Rädern konstruiert. Dieser besteht aus einem mächtigen großen Wagen, einer Art Automobil mit Dampfbetrieb, dessen Inneres in zwei Gemächer eingeteilt ist und dem Mechaniker und Begleitpersonal zum Aufenthalt dient.

Kleine Notizen.

Unwetter in Ägypten. Gestern ist über Triest und Pola, sowie über ganz Ägypten ein schweres Unwetter, verbunden mit furchterlichem Hagelschlag, niedergegangen. Der angerichtete Schaden, besonders an Telefon- und Telegraphenleitungen, Wald und sonstigen Kulturen ist ein kolossaler.

Berurteilte Kindesmörderin. Vor dem Schwurgericht in Durgos (Frankreich) erschien gestern Franlein von Gondalie unter der Beschuldigung, ihr neugeborenes Kind vergiftet zu haben. Das 17-jährige Mädchen ist angeblich durch einen bei ihrer Mutter angeheirateten Chauffeur verführt worden.

Furcht vor der Ehe. Ein junger Mann aus Hoech im Westerwald, der mit seiner Braut vor dem Standesamt in Koblenz stand, ergriff plötzlich, als er das Jawort aussprechen sollte, die Flucht. Die Frau fiel in Ohnmacht, und die Krönung mußte aufgeschoben werden.

Neht Jahre Zuchthaus für einen Totschlag erhielt vom Reichs-Schwurgericht der Arbeiter Johann Grill, der seine Geliebte mit Revolverkugeln getötet hatte.

Vergrüßelt. In der Dauphiné hat das anhaltende Unwetter schweren Schaden verursacht. Auf dem Wege zur Grande Chartreuse ist ein Teil des Berges bei La Corriere ins Rutschern gekommen. Ein vorbeigehender Postbeamter geriet unter die Erdmassen und wurde verschüttet.

Mord und Selbstmord. In Königsbrunn erschloß der 23-jährige Grubenhauer Respondek seine Geliebte, die 21-jährige Schneiderin Pauline Kusla, durch einen Säug in das Herz. Der Mörder brachte sich dann einen Säug in die Schläfe bei, welcher ebenfalls seinen Tod herbeiführte.

Zentralverband der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, 7. Juli, abends 9 1/2 Uhr, Rosenfelder Str. 11/12: Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Freitag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Vorstand. 2. Diskussion. 3. Wahl der nicht-besetzten Mitglieder im Hauptvorstand. 4. Wahl der Revisoren. 5. Wahl der Prüfungsausschüsse. 6. Wahl des Hauswartes.

Achtung, Bibliothek! Wegen der im Juli stattfindenden Inventur wird die Bibliothek bis auf weiteres geschlossen. Sämtliche noch ausstehenden Bücher müssen umgehend abgeliefert werden.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Am Freitag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Elysium, Landsberger Allee 40/41:

Oeffentliche Versammlung der Straßenbahn-Angestellten.

Tages-Ordnung: 1. Korruption im städtischen Straßenbahnbetriebe. 2. Diskussion. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erlaube ich mir, eine voll-zählige Teilnahme. 70/3 Die Sektionsleitung.

Advertisement for Kownoer tobacco. Includes text: „Königlicher Hoflieferant“, „Kownoer“, „aus den Tabak-Fabriken“, „J. Goldfarb Press. Standard“, „gegründet 1839“, „Tabac russe à priser, goût de Kowno.“ and a logo with „KOWNOER“ and „J. Goldfarb“.

Öffentliche politische Versammlungen

Donnerstag, den 7. Juli 1910,

8¹/₂ Uhr abends.

Berlin:

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 | Elsinum, Landsberger Allee 40/41
 Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53 | Germania-Säle, Chausseestraße 110

Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148.

Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstraße 49/50.

Treptow: Radrennbahn.

Adlershof: Eichner, Bismarckstraße 60.

Tages-Ordnung:

Wie steht's mit der Reform der Arbeiterversicherung?

Referenten:

Gustav Bauer, Karl Giebel, Gustav Link, Hermann Molkenbuhr,
 Gustav Nathow, Robert Schmidt, Rudolf Wissel, Emil Wutzky.

Zahlreiche Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsgeoffen erwarten

Die Einberufer: Eugen Ernst, Liesenstr. 16. Adolf, Ritter, Engel-Ufer 15.

Freie Volksbühne

Die alten Mitgliedskarten müssen in den Zahlstellen gegen die neuen Karten ausgetauscht werden. Die alten Mitglieder haben falls keine Beitragskarte zu besorgen, einen Beitrag 1.10 Mk., die Abendmitglieder 1,30 Mk. zu entrichten.
 Bei allen Umschreibungen in eine andere Zahlstelle muß die neue Karte aus der bisherigen Zahlstelle abgeholt werden.
 Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden.
 Der Vorstand, J. H. G. Sinter.

Hygienische
 Bedarfsartikel, Neues Katalog u. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 91/9

Bauunternehmer Handwerker
 erf. in blüh. nördl. Borort Baufr. mit Baugeld u. H. Kitz. Offerten unter H. 3 Exp. d. „Vorwärts“.

Alle Menschen mit „Humor“
 Haben blanke Tür und Tor.



Humor

putzt alle Metalle sauber und geruchlos.
 Zu haben in Flaschen von 10 Pf. an.
 Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
 Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 BERLIN, Leipziger Straße 92.
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, wie für die Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen
Willi Ladewig
 legen wir auf diesem Wege allen Beteiligten unseren innigsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
 Sage allen, die meinem geliebten Mann, unserem guten Vater, das letzte Geleit gegeben, sowie für die kostbaren Worte am Grabe und die vielen Kranzspenden, insbesondere dem Wahlverein und den Sängern Lichtbergs, ebenso den übrigen Vereinen meinen aufrichtigsten Dank.
Dwe. Mathilde Krause
 nebst Kindern.

Sieben erschienen:
Die große Aussperrung
 und die
Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich.
 Von **Parvus.**
 Preis . . . 50 Pf.

Taschen-Atlas zur Alkoholfrage.
 Legt von Dr. med. **Holltscher.**
 Preis . . . 1.00 R.
 Gebunden . 1.50 R.

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW., Lindenstr. 69
 (Laden).

Arbeiter-Wanderbund
 „Die Naturfreunde“
Wanderfahrten
 am Sonntag, den 10. Juli 1910:
 1. Grünau-Schwabbe. 10.30. Bahnh. Friedrichstraße 5¹/₂ vorm.
 2. Grobherren - Neu - Babelsberg. 10.30. Anhalter Bahnhof 6¹/₂ vorm.
 3. Grunewald-Wetend. Treffpunkt 9 Uhr vorm. Bahnhof Grunewald.
 2/3 Gänge willkommen.
 Ausführliche Programme bei Geife, Bogenstr. 19 zu haben.

Hohen-Neuendorf (Nordbahn)
 Wald, Wasser, westlich vom Bahnhof.
 1000 herrliche Hochwald-, Villen-, Land-Baustellen am königlichen Forst **Qu.-Rate 12 Mark an** Langjahr. Amortisations-Hypothek. Kein Bauzwang. Große Wertsteigerung. Baubur. im Schützenhaus. Illustr. Broschüre gratis!
Wollenberg :: BERLIN ::
 Neue Königstr. 71.

Ed. und Front-Baustellen in **Steglitz**, 32 W., Priorität Baugeld u. Keller. Anzahl. 1000 M., an gute Bauunternehmer berl. Ch. E. 980 bei **Daube & Co.**, Bölowstraße 25.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntage 10-12, 2-4

Ungewitter's Kautabak
 garantiert rein aus Kentuckytabak ist seit Jahrzehnten unübertroffen.
 General-Verkaufsstellen bei **O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,** Gärtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee, und **Paul Höfer, Berlin SO.,** Kottbusser Damm 81/83.

Stoppdecken
Sonderofferte!
Nur diesen Monat!

Purpur, doppel-seitig, 2³⁵, 3³⁵
 Cretonne, doppel-seitig, 2⁶⁵, 3⁶⁰
 Trikot, doppel-seitig, 4³⁵, 5⁰⁰
 Similiseide, bord. 4³⁵, 5⁰⁰ oliv.
 Bunte Normal-Schlafdecken 1⁷⁵ 2⁵⁰ 3⁵⁰

Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 (Königlicher Viertel, Bezirk 205, Teil 1)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Ernst Philipp** (geb. 18. 11. 1872, gestorben 11. 7. 1910) **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 219/5 Der Vorstand

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 (Königlicher Viertel, Bezirk 199.)
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Hugo Gundlach** (geb. 18. 11. 1872, gestorben 11. 7. 1910) **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.
 Den Versaggenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Franz Hertel** am 4. d. M. verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 254/18 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Verwaltung Berlin.
 Todes-Anzeige.
 Am 1. Juli verstarb unser Mitglied, der Kollege 63/17 **Georg Blume.**
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Schauhause Hannoverische Straße 6 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Hausdiener **Karl Heinke** am 1. d. Mts. verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 70/2 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
 Filiale Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maler **Otto Weise** am 2. Juli verstorben ist. 129/11 **Ehre seinem Andenken!**
 Die Ortsverwaltung.

Am 5. Juli starb meine liebe Frau, unsere Mutter und Großmutter 283/36
Henriette Elsholz
 geb. Zieme.
 Dies zeigt sich betraut an **F. Elsholz** nebst Angehörigen.
 Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Rohladorf, Bahnhofsstraße 16 aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Mariendorf.
Nachruf!
 Am Freitag, den 1. Juli verstarb nach kurzen schweren Leiden unser langjähriger Genosse **Franz Fischer.**
Ehre seinem Andenken!
 203/6 Der Vorstand.

Wir fahren alle nach der Reform Zahnpraxis

Schmerzlose Behandlung
 Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Überzeugung macht wahr!

Reform Zahn-Praxis
 Carl Rudolph.

1. Praxis: Friedrichstr. 35. 6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
 2. Praxis: Elsasser Str. 14. 7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
 3. Praxis: Oranienstr. 61. 8. Praxis: Spandau, Neuen-dorfer Straße 106.
 4. Praxis: Palisadenstr. 106.
 5. Praxis: Moabit, Hutten-straße 65.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit gegen das Oberverwaltungsgericht.

Eine von unseren Genossen einberufene Protestversammlung mit dieser Tagesordnung füllte am Dienstag Saal, Vorraum und Galerien von Doppes Festsaal bis zum letzten Platz. Es handelte sich um die Stellungnahme gegen die Aufrechterhaltung des Ortsstatuts, durch das die Rixdorfer Wahlrechtsräuber der Entziehung dreier Volksfraktionen ein gesetzliches Mäntelchen umgehungen glaubten.

Genosse Wolfgang Heine referierte. Er gedachte der bekannten Vorgänge bei Durchführung der volksfeindlichen Pläne der Mehrheit, die einen Sturm der Entlastung entfesselten, und behandelte dann die Rechtslage. Schon vor dem Ortsstatut seien die Rechte der Wähler erheblich verächtlicht worden durch die am 18. Januar d. J. vom Oberverwaltungsgericht für gesetzwidrig erklärte Aufstellung der Wählerliste für 1908.

Interessant war die Mitteilung des Genossen Wuyki, daß Herr Rahmig, dessen Name aus der Versammlung mehrfach gerufen wurde, weil er beim Wahlrechtsraube in der ersten Reihe der Reaktionsäre kämpfte, jetzt ein „erledigter Mann“ sei.

Die Versammlung erhebt energischen Protest gegen die Handlungsweise der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit, die sich nicht entschüldet hat, trotz des Urteils des Oberverwaltungsgerichts den Wahlrechtsraub auf neue zu betätigen.

Die Wahlvereinsbezirke Waldmannslust und Vorstigaube veranstalten am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, in dem diesigen Bergschloß ein gemeinsames Sommerfest.

Spandau. Der hiesige sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonnabend, den 9. Juli sein diesjähriges Sommerfest in den gesamten Räumen der Brauerei Nischendorf ab.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Das Wort erhielt zunächst Herr Löwenthal, der Vorsitzende der Demokratischen Vereinigung Rixdorf-Brig. Er überbringt der

Sozialdemokratie den Dank der Demokraten für ihre Führung dieses Wahlrechtskampfes, der auch der Kampf der Demokratie sei. Es handele sich bei dem Wahlrechtsraub um einen rohen, brutalen Gewaltakt.

Dann sprachen noch die Genossen Groger, Wuyki und Karle. Sie übten scharfe Kritik an den Wahlrechtsräubern und forderten dazu auf, nicht in der Agitation zu erlahmen und namentlich bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen die richtige Antwort zu geben.

Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: Die Versammlung erhebt energischen Protest gegen die Handlungsweise der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit, die sich nicht entschüldet hat, trotz des Urteils des Oberverwaltungsgerichts den Wahlrechtsraub auf neue zu betätigen.

Die Wahlvereinsbezirke Waldmannslust und Vorstigaube veranstalten am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, in dem diesigen Bergschloß ein gemeinsames Sommerfest.

Partei-Angelegenheiten.

Gegen die Rückwärtsrevidierung der Reichsversicherungsordnung.

Am heutigen Tage, abends 8 1/2 Uhr, finden in den in der Annonce angezeigten Stellen die Versammlungen über die Reichsversicherungsordnung statt.

Aktions-Ausschuß.

Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Spandau. Der hiesige sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonnabend, den 9. Juli sein diesjähriges Sommerfest in den gesamten Räumen der Brauerei Nischendorf ab.

Berliner Nachrichten.

Die Wohnungen der Armenunterstützten.

Die Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute veranstaltet bekanntlich schon seit mehreren Jahren eine Enquete über die Wohnverhältnisse ihrer Krankengeldempfänger.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Das Wort erhielt zunächst Herr Löwenthal, der Vorsitzende der Demokratischen Vereinigung Rixdorf-Brig. Er überbringt der

in bar bewilligen. Die furchtbar kurzfristig ist doch diese bürokratisch-engerzige Praxis! Eine gesunde Wohnung ist mit die erste Vorbedingung, daß sich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Personen langsam wieder heben.

Der Antrag zu den Ferienspielen auf den Kutschspielplätzen ist, wie wir schon berichteten, in diesem Jahre über Erwarten groß und beweist, wie notwendig diese Einrichtung für unsere Schulkinder ist.

So verkündete der Spielleiter des Spielplatzes in Wartenberg, daß die eine Hälfte der Freizeitspieler nur Montag, Mittwoch und Freitag, die andere Hälfte Dienstag, Donnerstag und Sonnabend hinausfahren sollten.

Wir halten diese Inrdiehung der Freizeitspieler äußerst tadelnswert und völlig ungerechtfertigt. Einmal ist es beschämend für eine Kommune wie Berlin, daß sie für derartige gute Zwecke wie die Beschaffung von Spielgelegenheiten eines ist, mit den Mitteln so karg, daß das Bedürfnis nicht gedeckt werden kann.

Uns geht darüber folgender Bericht zu: Das Feuer kam vor Witternacht in einem Holzschuppen in einer der äußersten Ecke des großen Fabrikgeländes aus noch nicht ermittelter Ursache aus und fand sofort reiche Nahrung.

Das Wasser aus den Heintalbüchsen Strahlrohren verbrannte, bevor es die Brandobjekte erreicht hatte. Immer weiter griffen die Flammen um sich. Die Dike war so enorm, daß man in Entfernungen von 15 Meter es nicht lange in der Nähe der Brandstelle ohne Gefahr für die Augen aushalten konnte.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit werde den Sozialdemokraten Dank wissen für ihren Antrag, das Ortsstatut aufzuheben, und den Antrag annehmen, noch bevor es zur Entscheidung komme, die für die Mehrheit nur eine Blamage sein könne.

von Orenstein u. Koppel unterhält noch eine Lokomotiv-Fabrik in Dreowitz bei Romawes und in Berlin mehrere Verkaufsabteilungen; sie hat sich bekanntlich mit der Firma Arthur Koppel zu einer Aktiengesellschaft verbunden und hat besonders für den Export und Kleinbahnbau große Bedeutung.

Tragödie zweier Dienstmädchen. In der Kassauischen Straße in Wilmersdorf spielte sich in der vergangenen Nacht eine Tragödie zweier Dienstmädchen ab. Martha Eckardt und Rosa Kuschera waren trotz ihres jugendlichen Alters von kaum zwanzig Jahren des Lebens überdrüssig und beschloßen, gemeinschaftlich aus dem Leben zu scheiden. Sie schrieben an ihre Angehörigen Abschiedsbriefe und öffneten dann in der Wohnung ihres Dienstherrn, bevor sie sich schlafen legten, die Gasähne. Gestern morgen wurden Hausbewohner auf den starken Gasgeruch, der aus der Wohnung drang, aufmerksam. Man öffnete die Tür und fand die beiden Mädchen in betäubtem Zustande auf ihren Betten liegen. Martha Eckardt war bereits tot, während ihre Freundin noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Sie fand im Groß-Lichterfelder Krankenhaus Aufnahme.

Der konfuzierte „Wahre Jakob“. Wir berichteten dieser Tage, daß in ein in der Thomaststraße in Wilmersdorf belegenes Papiergeschäft ein Kriminalbeamter kam und das im Schaufenster hängende Exemplar des „Wahren Jakob“ mit Beschlagnahme besetzte. Jetzt ist der Inhaber des Geschäfts nach dem Polizeirevier geladen worden, wo man ihm mitteilte, daß es sich nicht um eine Beschlagnahme gehandelt habe. Die 10 Pfennige für die Nummer sind dem Manne ausgehändigt worden. Es scheint sich zu bestätigen, was wir voraussetzten, daß der Beamte sich mißverständlich geäußert zu haben scheint. Warum aber nahm er überhaupt die Nummer mit?

Am Nüggelsee vergiftet hat sich der Kaufmann Ferdinand Dreher aus der Raunhoferstraße 32. D., der im 54. Lebensjahre stand, war in der letzten Zeit vom Schicksal schwer heimgejagt worden. Er hatte geschäftlich schwere Mißerfolge und wurde auch noch von einem qualvollen Leiden befallen. Verzweifelt griff er schließlich zum Gift. Gestern wurde der Leichenwagen am Ufer des Nüggelsees in der Nähe des Restaurants Strandhof als Leiche aufgefunden. Neben der Leiche lag eine entleerte Phosphorsäure. Nur noch wenige Pfennige wurden bei dem Toten vorgefunden.

Ein großer Briefmarken Diebstahl. Bei dem Briefmarkenhändler Gabriel in der Thurmstraße Nr. 1 drangen in der vergangenen Nacht Einbrecher ein und erbeuteten einen größeren Posten Briefmarken, einen alten Altbundel mit Briefmarken und Ausschritten, ein Buch mit Siegelmarken, einen Pappkasten mit ungefähr 60 Briefmarkenpaketen, in jedem Paket etwa 800 verschiedene Marken, 10 Pakete mit 500 verschiedenen Marken von Wien, Afrika, Australien, Amerika usw., 200 einzelne Marken von je 3 Pf. bis 100 Mark, ganze Briefe, verschiedene Briefartenstücke, Briefe, enthaltend verschiedene deutsche Marken, 300 kleine und große Silbermünzen ungefähr 500 Kupfermünzen, eine Bronzemedaille mit dem Denkmal Friedrichs des Großen und verschiedene Ausstellungsmedaillen der Berliner Gewerbeausstellung, der Chicagoer Weltausstellung, der Braunschweiger Ausstellung u. a. m. Die Spitzbuben sind mit Nachschlüsseln vom Flur aus in den Laden gelangt.

Durch einen Eisenträger niedergeschmettert. Bei einem verhängnisvollen Unfall ist der Maurer Friedrich Engelke aus der Schönhauser Allee schwer verletzt worden. Auf dem Neubau an der Ecke der Benzen- und Wilsbergstraße hatten zehn Maurer einen acht Zentner schweren eisernen Träger nach dem Hochparterre hinaufgetragen. Am Ziel angekommen, gab der Vogleiter das Kommando, den Träger abzuwerfen. E. hatte den Ruf aber überhört und während die anderen Maurer den Träger fallen ließen und zur Seite sprangen, hielt er ihn noch fest. Er wurde infolgedessen getroffen und zu Boden geschmettert. In schwerverletztem Zustand fand der Bedauernswerte im Krankenhaus Friedrichshain Aufnahme.

Beim Baden und Rudern ertrunken. Zwei Opfer hat wieder der Ruder- und Schwimmsport gefordert. Im Tegeler See ertrank der 25-jährige Kaufmann Ernst Neues aus der Güntalerstraße. Auf hoher See kam das Boot in die Wellen eines Dampfes und kenterte. W., der des Schwimmens unkundig war, ging unter und ertrank. — Beim Baden an verbotener Stelle fand der Behermte Billi Hedob den Tod im Wasser. E. war in einem Teich bei Erlern an eine kumpfige Stelle geraten und sollte auf diese Weise hilflos umkommen.

Eine Schwindlerin tritt jetzt in den verschiedensten Gegenden der Stadt auf. Sie bestiehlt Friseurinnen an eine bekannte Adresse zu Hochzeitsfrisuren und verläßt darauf das Geschäft. Nach kurzer Zeit kehrt sie wieder zurück, läßt sich kleinere Beträge geben, da sie angeblich ihre Portemonaie vergessen und noch einige Einkäufe zu besorgen habe. Wenn die Friseurinnen nach den angegebenen Wohnungen gehen, erfahren sie, daß sie einer Schwindlerin in die Hände gefallen sind. Sie ist 18 bis 19 Jahre alt, schlank, hat auffallend blaues Gesicht, spitze Nase und trug braunen Hut mit braunem Bande.

Schwere Brandwunden am Oberkörper und im Gesicht erlitt am Dienstag Frau Martha Strate, Müllerstraße 25, beim Kochen von Fett. Dieses fing in der Küche Feuer, wobei die Kleider der Frau in Brand gerieten. Der Chemann, Gastwirt Wilhelm Strate, zog sich bei dem Bemühen, die Flammen zu löschen, Brandwunden im Gesicht und den Händen zu, die von Samaritern der Feuerwehre verbunden wurden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern nachmittag in der Brunnenstraße zugetragen. Der 4-jährige Sohn Herbert des in der Brunnenstr. 159 wohnhaften Arbeiters Borck überschritt an der Hand seiner Großmutter den Fahrdamm, als der kleine plötzlich von Spielkameraden angreifen wurde. Der Junge rief sich infolgedessen von seiner Begleiterin los, um nach dem jenseitigen Bürgersteig zu laufen, er achtete dabei nicht auf einen herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 10, rannte gegen den Wagen, wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperon. In bestimmungslosem Zustande wurde das Kind, das eine schwere, klaffende Wunde an der Stirn und anscheinend auch innere Verletzungen davongetragen hatte, nach dem Lazarustrankenhaus übergeführt, wo es bedenklich darniederliegt.

Anruf! Der Genosse Gustav Schröder, geboren zu Lüdenscheid am 13. April 1877, der jetzt schwer krank in Tontin daniederliegt, bittet auf diesem Wege seine Verwandten, deren Aufenthalt er nicht kennt, ihn Nachricht zukommen zu lassen. Sein Vater ist der Werkmeister Friedrich Ewald Schröder, wohnt in Offenbach a. M. wohnhaft gewesen. Anfragen bei der dortigen Polizei sind ohne Antwort geblieben.

Seine Verwandten oder wer sonst über sie Nachricht zu geben weiß, wird gebeten, an ihn zu schreiben unter der Adresse R. Lacombe, Mécanicien, Dolphong (Tontin), 46 Avenue Paul Doumer.

Wer ist der Tote? Am 4. Juli vormittags wurde aus der Spree vor dem Hause Alt-Stralau 13 eine unbekannte, 1,65 Meter große, etwa 20 Jahre alte männliche Leiche gefolgt, die etwa eine Woche im Wasser gelegen haben mag. Die Leiche war bekleidet mit einem schwarz und weiß gestreiften Anzuge, welchem Trikothemde ohne Kermel und neuen schwarzen Schuhschleusen. Der Tote hat dunkelblondes Haar und hellblonden kurz geschorenen Schurrebart. Bei demselben wurde eine Familien-Vorzugskarte des Berliner königlichen Kasinos, ausgefüllt auf die Nr. 7124, und eine Westmarke dargefunden. Die Leiche ist einwilligen von der Nichtenberger Kriminalpolizei beschlagnahmt und in der Leichenhalle zu Stralau untergebracht. Relogiszenten wollen sich bei der königlichen Polizeidirektion in Lichtenberg, Zimmer 41, melden. Auch jedes Polizeirevier nimmt Meldungen entgegen.

Arbeiter-Bildungsschule. Bis zum Beginn der Kurse im Oktober ist die Bibliothek jeden Donnerstagabend von 8—9 Uhr geöffnet, wo auch Beiträge entgegengenommen werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Direktion der Schöneberger Schloßbrauerei beabsichtigt noch im letzten Augenblick, bevor die neue Reichsversicherungsordnung unter Dach und Fach kommt, durch Errichtung einer Betriebskrankenkasse ein Aequivalent der Entziehung und Verschlechterung gegen ihre Arbeiter zu begehren. Um diesen Zweck zu erreichen, wird mit Hochdruck gearbeitet, um die erforderliche Zustimmung der von ihr beschäftigten Arbeiter zu erlangen. Sowohl berufswise als auch einzeln werden die Arbeiter nach dem Kontor bestellt und ihnen dort die Errichtung einer eigenen Betriebskrankenkasse im vorliegenden Lichte geschildert. Nur wenige Arbeiter sind über die Gefahren und Zukunftsangehen, denen sie in einer derartigen Kasse ausgesetzt, unterrichtet. Es ist daher notwendig, ausgiebige Aufklärung zu schaffen. Bevor die Arbeiter der Schloßbrauerei ihre Zustimmung erteilen, muß es ein jeder für seine Pflicht halten, in der heute abend stattfindenden Versammlung in den Neuen Rathaus-Jalen, Weininger Straße 8 zugegen zu sein.

Heber Klotz und Jugend hält Freitag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Genosse Urban im Lokal von Porckmann, Vossbergstr. 8, einen Vortrag, zu welchem besonders die Jugendlichen eingeladen sind.

Von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt wurde am gestrigen Mittwochnachmittag in der Vorbergstraße der 34-jährige Knabe Leonhard Wienert, dessen Eltern in der Alstr. 8 wohnen. Der kleine überschritt an der Hand eines älteren Knaben den Fahrdamm der genannten Straße, trat dabei auf den weggefahrenen Rest einer Banane und kam unmittelbar vor einem herannahenden Geschäftswagen der Firma Heintze aus Berlin zu Fall. Dem Führer des Gefährts war es nicht mehr möglich, rechtzeitig zu halten und B. wurde überfahren. Er erlitt einen komplizierten Bruch des linken Unterschenkels, eine schwere Quetschung des rechten Beins und innere Verletzungen und wurde in bedenklichem Zustande in die Universitätsklinik in der Siegelstraße eingeliefert.

Pankow.

Ein Gläubiger. In hoffnungslosem Zustande in das Pankower Krankenhaus eingeliefert, aus dem er erst wenige Stunden vorher entlassen worden war, wurde gestern nachmittag der 25-jährige wohnungs- und beschäftigungslose Arbeiter Joseph Vogler. B. hatte infolge Krankheit vor einigen Wochen seine Arbeit verloren und war in große Not geraten. Am 20. Juni wurde er in völlig erschöpftem Zustande in Pankow aufgefunden und in das dortige Krankenhaus eingeliefert, aus dem er gestern mittag entlassen wurde. Gegen 5 Uhr nachmittags wollte Vogler am Ringbahnhof Schönhauser Allee einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 47 besteigen, um nach Berlin zu fahren, glitt jedoch, da er noch sehr erschöpft war, ab und stürzte so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde zunächst nach der Unfallstation in der Gaudystraße gebracht, wo er einen Notverband erhielt und dann in hoffnungslosem Zustande nach dem Pankower Krankenhaus übergeführt.

Reinickendorf.

In hilflosem Zustande und mit schweren äußeren Verletzungen wurde gestern in den frühen Morgenstunden in der Parkstraße in Reinickendorf ein etwa 23-jähriger Mann aufgefunden. Der Bestimmungsort wurde nach dem Rudolf-Virkow-Krankenhaus gebracht, wo am ganzen Körper, namentlich im Gesicht, schwere Quetschungen festgestellt wurden, die anscheinend von Schlägen mit Stöcken oder von Fußstapfen herrühren. Der Schwerverletzte liegt im bedenklichen Zustande danieder. Seine Personalien konnten nicht festgestellt werden, da er bisher noch nicht wieder zum Bewußtsein gekommen ist. Allem Anschein nach ist der Unbekannte in der Nacht überfallen und beraubt worden.

Mit einem Bolzen das Auge ausgehoben. Allgemein zur Warnung sollte ein verhängnisvoller Unfall dienen, der sich in der Provinzialstraße zugetragen. Drei Schulkinder hatten mit einer Kinderluftschiffchen nach einer Festscheibe geschossen. Als nun einer der Knaben, der elfjährige Franz Beder, Schornsteinbesitzer, 8 wohnhaft, nach der Scheibe hinüberging, um einen Bolzen herauszuziehen, rief ihm ein Schulkamerad übergen zu, er wolle ihm einmal die Haare vom Kopfe herunterziehen. Im nächsten Augenblick fiel ein Schuß und der Bolzen drang dem B. unglücklicherweise ins rechte Auge, das vollständig zerstört wurde.

Friedrichshagen.

In der letzten Generalversammlung unseres Bezirks berichteten die Funktionäre über ihre Tätigkeit. Obwohl erst ein halbes Jahr vergangen war, war dieselbe ziemlich rege. Die Hauptaufgabe war die Agitation zur Wahlrechtsbewegung, welche ja auch teilweise einen Sieg brachte. Auch unsere Gemeindevorwahlen zeigten, daß aus den Wählern der dritten Klasse niemals andere als sozialdemokratische Vertreter hervorgehen werden. Beim Kaszenbericht vom 1. Januar 1910 stellte sich der Einnahme von 1003,02 M. eine Ausgabe von 757,98 M. gegenüber, bei einer Mitgliederzahl von 347. Zum Bericht der Lokalkommission wurde hervorgehoben, daß die Kassenfrage nicht intensiv genug behandelt wird. Der Abonnementstand der Zeitung ist derselbe geblieben. Zum Bericht der Gemeindevorstellung ist zu bemerken, daß bei den Beamten und Arbeitern eine Gehaltsaufbesserung festgestellt wurde. Vom 1. Mai ab ist eine Arbeitsvermittlung eingeführt und wurden zu dieser auch von uns zwei Genossen hinzugezogen. Betreffs Anlegung eines Kommunalfriedhofs wird eine gemeinsame Sitzung von den Gemeindevorstellern und der Kirchengemeinde stattfinden, jedoch erst nach den Ferien, und soll der Frage dann näher getreten werden. Genosse Wiedemann sen. vom Jugendauschuss berichtete über die Jugendorganisation. Der Besuch war ein gleichmäßiger, das Defizit ist niedriger geworden. Zum Schluß teilte Genosse Köhler mit, daß der Kreisvorstand einen Lehrkursus vorschlägt, in dem sich Referenten ausbilden können; die Mittel hierfür soll der Kreis tragen. Der Vorschlag wurde gegen eine Stimme angenommen.

Stralau.

Aus der Gemeindevorstellung. Zu Beginn der Sitzung fand die Einführung des zum Schöpfen gewählten Kaufmanns Richa statt. — Die unverzügliche Anschaffung bezw. Aufstellung eines Dampfdesinfektionsapparates wird vom Nichtenberger Polizeipräsidenten — zu dessen Polizeibezirk Stralau gehört — gefordert. Das Ersuchen des Gemeindevorstandes beim Berliner bezw. Nichtenberger Magistrat, die dortigen Apparate mitbringen zu dürfen, war wegen zu großer Ueberlastung der letzteren abschlägig beschieden worden. Die Vertretung stimmte daher dem Vorschlag des Gemeindevorstandes, mit dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus zu Weihensee einen von Quartal zu Quartal laufenden Vertrag über Mitbenutzung des dortigen Apparates abzuschließen, zu. Der Vertrag ist als ein Provisorium anzusehen, da der Frage der Errichtung einer eigenen Desinfektionsanstalt näher getreten werden soll. — Der Grundbesitzerverein Stralauer Torviertel ersucht die Vertretung einen Beschlusse, die Umbenennung des Bahnhofs „Stralau-Kunnenburg“ in „Ostend“ fordernd, beizutreten. Die Herren Hausbesitzer glauben dadurch ihre Wohnungen besser vermieten zu können. Mit Rücksicht darauf, daß sich an dieser Vorortstraße eine Kolonie „Ostend“ befindet, die Umbenennung des Bahnhofs mit gleicher Bezeichnung daher leicht zu Irrtümern im Publikum Anlaß geben kann, wird der Antrag abgelehnt. Von der Errichtung eines Spielplatzes auf dem Grundstück Parkgrasendamm 14 wird wegen

allzu hoher Forderungen des jetzigen Pächters und mit Rücksicht darauf, daß der Vertrag von Jahr zu Jahr abgeschlossen werden kann, abgesehen, dagegen sollen Unterhandlungen zwecks Ueberlassung des Wiesengrundstücks Alt-Stralau 44—45 zum Spielplatz mit dem Besitzer desselben gepflogen werden. Einem Antrage unseres Vertreters, Baderkarten für das „Deutsche Bad“ in Treptow zum Preise von 10 Pf. an erwachsene Gemeindeglieder abzugeben, ist der Gemeindevorstand beigetreten. Die Zustimmung der Vertretung soll nachträglich eingeholt werden. Die Karten gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Wo und zu welcher Zeit die Ausgabe erfolgt, wird noch an dieser Stelle bekanntgegeben.

Röntgenal (bei Zepernitz).

Der Arbeitergesangsverein „Frisch voran“ veranstaltet am Sonntag, den 9. Juli, unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins Männerchor Noabit ein Konzert im Lokale des Herrn Marx, Wilmersdorf, 10/11 (Waldhaus) in Röntgenal. Der genannte Verein wirkt bei jeder Festlichkeit der Wahlvereine mit und ist bemüht, den Teilnehmern des bevorstehenden Festes einen gemütvollen Abend zu bieten. Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr. Willkür a 50 Pf. inkl. Tanz. Das Komitee.

Groß-Lichterfelde.

Gesangsveranstaltung. Sonntag, den 10. Juli, veranstalten die Gesangsvereine von Groß-Lichterfelde, Steglitz-Friedenau, Tempelhof, Mariendorf und Lankwitz im Restaurant „Viermalwäldchen“, Groß-Lichterfelde-Steiglitz, ein Volks- und Sängerkfest. Genannte Vereine haben sich zu allen Veranstaltungen der Partei zur Verfügung gestellt. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges, sodas die Besucher auf ihre Kosten kommen werden. Wir können den Besuch allen Parteigenossen und Gewerkschaften empfehlen. Zum Kaufpreis gelangen 0,3 heißes Bier 15 Pf., kleine Weiße 15 Pf., große 25 Pf.

Nowatow.

Wegen Unterschlagung von Kassengeldern verhaftet. Bei der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Nowatow und Umgegend, welche vor kurzem einen Einbruchdiebstahl erlitt, indem der Kassenschrank aufgebrochen wurde, ist der Buchhalter Graf, welcher seit Februar bei der Krankenkasse beschäftigt war, wegen Unterschlagung von Kassengeldern verhaftet worden. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß Graf, welcher vor seinem Eintritt in die hiesige Krankenkasse in Ulm beschäftigt war, bereits 15mal verurteilt ist, unter anderem auch wegen Diebstahl. Der Betrag, den er unterschlagen hat, ist kein allzu hoher; er beläuft sich auf etwa 30 M. Graf suchte die Unterschlagungen durch Rasuren zu verdecken, die bei der Revision entdeckt wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Lokal der Arbeitervereine, Wilmersdorf, am Montag, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr, nachmittags statt. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Etliche Fragen erfrage man in der Sprechstunde vor.

2. 24. 1. Der Protest ist aussichtslos. 2. Eine Entscheidung ist uns nicht bekannt, doch beharrt es keiner solchen. — **3. 51. 1.** Das Schreiben kann ohne jede Unterfertigung eingereicht werden, doch ist es besser, wenn unterschrieben wird. 2. Der Beamte hat das Handrecht an dem erheblichen eingetragenen Sachen des Mieters auch für die zwei letzten Monate. Es muß zu seiner Abwendung vorher gezahlt oder hinterlegt werden. 3. Die Verzinsung läuft ohne weiteres zu einer vollständig neuen Verhandlung in der Berufungsinstanz; die Revision führt nur zur Nachprüfung darüber, ob die Prozedurordnung gehörig beobachtet ist und ob das Gesetz bei Anwendung auf den für ermittelten Tatbestand verliert ist oder nicht; eine erneute Nachprüfung und Beweishebung gibt es in der Revisionsinstanz nicht. — **4. 100. Rein.** — **5. 19.** Der Lohn kann gefordert werden. — **6. 26.** Es können alleicht die Annotieren der Universitäten in Frage. — **7. 100.** Die gewünschte Anzahlung ist nicht zulässig. Die verlorene Bescheinigung kann durch eine neue ersetzt werden. — **8. 5. 1.** Gerichtliche Mitteilung ist nicht nötig. 2. Exmition kann nicht stattfinden, wenn Ihnen die Abtretung der Mietsforderung in gehöriger Weise bekanntgegeben ist. (Vorlegung der Bescheinigung.) 3. Auf Teilzahlungen braucht sich der Forderungsberechtigte nicht einzulassen. 4. Es kann gesagt und gelündigt werden; natürlich hat der Vermieter auch das Vermieterhandrecht an den erheblichen eingetragenen Sachen des Mieters. — **Remidiet.** Das Kammergericht hat wiederholt entschieden, daß schon wenige Worte am Grabe, die über die denkbar einfachste Formel bei der Kranzüberlegung hinausgehen, als Rede anzusehen ist, die der Genehmigung bedarf. Dieser unglücklichen Rechtsprechung haben sich die Instanzgerichte wohl überall gefügt. — **9. 21. 1.** Da die Mutter beim Tode kein eigenes Vermögen hatte, so haben Sie keinen Anspruch. — **10. 56. Rein.** — **11. 33.** An Pensionen für Zivilbeamte und für die Landbesitzerarmee ausschließlich der Offiziere fehlt der laufende Etat aus 774 Millionen Mark. Davon entfallen 88 788 000 M. auf die Eisenbahnverwaltung, der Rest von 38 712 000 M. auf den Etat des Finanzministeriums. Im Jahre 1905 betrug die Ausgabe 59 470 854 M., im Jahre 1908 bereits 69 800 862 M. Die durchschnittliche jährliche Steigerung in diesen drei Jahren belief sich auf 2 800 000 M. Der Etat für 1909 zeigt aus 72 900 000 M., also ist die Ausgabe seit einem Jahre gestiegen um 4 000 000 M. Wie viel auf die Minister entfällt, läßt sich nicht genau sagen, diese Beamten haben nach überschlägiger Berechnung seit 1888 etwa drei Millionen Mark Pension erhalten, wozu dann noch die Verleugungs-, Umrichtungs- und sonstige Kosten kommen. — **12. 32. 1. 2. 2. Rein.**

Kautischer Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Wartlinge:** Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise unverändert. **Gelägel:** Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise beschreibend. **Fische:** Zufuhr knapp, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise hoch. **Butter** und **Eier:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst** und **Geträcker:** Zufuhr vielfach ungenügend, Geschäft in Obst rege, in Gemüse still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 6. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Stand am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C (m. u. n.)	Stationen	Barometer Stand am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C (m. u. n.)
Stettin	755 B		2 mäßig	15	Dachau	765 D		2 mäßig	19		
Dresden	756 RB		3 halb bb.	12	Leipzig	759 DED		3 mäßig	21		
Berlin	756 SB		3 mäßig	14	Stettin	762 RB		5 bedeckt	13		
Frankfurt	758 SB		4 Dunst	13	Magdeburg	757 DED		2 bedeckt	11		
München	762 SB		4 Regen	10	Paris	758 SB		3 bedeckt	14		
Wien	759 B		4 halb bb.	15							

Wetterprognose für Donnerstag, den 7. Juli 1910. **Stetlich kühl,** zunächst vorwiegend trübe mit Regenschauern und lebhaften westlichen Winden; später langsam aufklaren.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 7.	seit 5. 7.	Wasserstand	am 5. 7.	seit 5. 7.
	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾
Remel, Mühl	69	-1	Saale, Groditz	120	-14
Regel, Nauenburg	69	-3	Qabel, Spanbau	42	+4
Weißel, Thon	8	+2	Kaßtenom	16	-4
Oder, Rasthof	260	+0,8	Spree, Spremberg	70	0
Krossen	109	-4	Weslitz	69	-2
Frankfurt	108	+1	Weser, Rindow	24	0
Wartburg, Schrimm	8	+6	Weser, Rindow	22	0
Landberg	42	-1	Weser, Rindow	22	0
Nebe, Borsum	20	0	Weser, Rindow	22	0
Elbe, Peitzmeritz	60	-15	Weser, Rindow	22	0
Preßden	80	-10	Weser, Rindow	22	0
Borsig	149	0	Weser, Rindow	22	0
Magdeburg	128	0	Weser, Rindow	22	0

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — Unterpegel.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag
und Freitag

Lebensmittel

Sowelt
Vorrat:

Fleischwaren

Käse und Butter

Rotwurst hart Pfd. 45 Pf.
 Mettwurst mit Knoblauch ... Pfd. 70 Pf.
 Poln. Wurst (Dauerware) . Pfd. 70 Pf.
 Mettwurst (Braunschw. Art) Pfd. 85 Pf.
 Rügenw. Cervelatwurst Pfd. 1²⁰

Schinkenspeck Pfund 95 Pf.
 Teewurst Pfund 1⁰⁵
 Mausschinken Pfund 1¹⁰
 Schlackwurst in Faltdarm Pfund 1⁴⁵
 Westfäl. Knochenschinken im ganzen Pfund 1²⁰

Camembert in Schachteln ... 16 Pf.
 Tilsiter Pfund 55 Pf.
 Schweizerkäse ... Pfund 85 Pf.
 Essbutter Pfund 1¹⁰
 Essbutter Pfund 1²⁰

Jg. Hühner Stück 50, 90 Pf. 1²⁰
 Enten Stück 1⁹⁵ 2⁵⁰ 2⁹⁵

Jg. Gänse Pfd. 55, 65, 70 Pf.

Rehkeulen ... Stück 4⁵⁰ bis 6⁰⁰
 Rehblätter ... Stück 1³⁰ bis 1⁹⁵

Holl. Schlangengurken Stück 8, 10, 12 Pf.

Tomaten im Originalkorb ca. 12-14 Pfund Pfd 16 Pf., ungewogen Pfd. 18 Pf.

Besonders preiswerte Restbestände Mosel-, Rhein-, Bordeaux- u. Dessert-Weine

1907^{er} Valwiger 95 Pf.
 1907^{er} Massenicher }
 1907^{er} Minheimer Wachst. v. Felten .. } Fl. 1⁴⁰
 1905^{er} Gekfener-Hoppenst. Wachst. Kgl. Domäne }
 1907^{er} Berncastler-Schlossb. Wachst. v. P. Löwen } Fl. 1⁹⁰
 1907^{er} Berncastler-Badst. Wachst. v. V. Sattelberger }

1905^{er} Planigar 95 Pf.
 1907^{er} Ockenholmer }
 1904^{er} Wellerer-Naturwein Wachst. Reichardt .. } Fl. 1⁴⁰
 1904^{er} Wachenheimer Wachst. Dr. Becklin-Wolf }
 1905^{er} Rauenthaler } Fl. 1⁹⁰
 1895^{er} Scharlachberger

1908^{er} Mouton-Fronsac 95 Pf.
 1907^{er} Blanche clu Héril }
 1894^{er} Chat. Laour St. Bonnet .. } Fl. 1⁴⁰
 1906^{er} Chat. Puy St. Martin ... }
 1904^{er} Chat. Romfort-Cussac .. } Fl. 1⁹⁰
 1902^{er} Chat. Angludet-Cant. ... }

Sonnengartner 95 Pf.
 Samos-Muscat }
 Fine old Douro Port } Fl. 1⁴⁰
 Fine old Madera }
 Vinho do Porto weiss } Fl. 1⁹⁰
 Sherry-Yerez-Fino

1904^{er} Drohner-Hofberg Wachst. Stadt. feld u. Drohn . Fl. 2²⁵

1895^{er} Geisenholmer Klewerweg Fl. 2²⁵

1900^{er} Chat. Montbrun-Cant. Fl. 2²⁵

Superior Douro-Port von Gulmarra & Co., Oporto ... Fl. 2²⁵

Nimbeer-, Kirsch-, Erdbeer- und Johannisbeer-Saft Flasche 85 Pf. | Citronensaft u. Most natur. m. Amelensaure konserviert Grenadine Fl. 1²⁵

Verkäufe.

Handelshaus Krebber, Rühlener-
 platz 7, Sportplatz Bettendorfer-
 Gartenverkauf, Bettendorfer-
 Uhrenverkauf, Bettendorfer-
 faden, Goldfaden, Silberfaden, ver-
 fallene Fäden. 2492R

Teppiche! (fehlende) in allen
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes
 Teppichlager Brunn, Fackel-
 Markt 4, Bahnhofstraße. (Reise des
 "Vorwärts" erhalten 5 Prozent
 Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Stoffe-Ausverkauf sportbillig wegen
 Aufgabe der Verkaufsräume Hof-
 straße 2

Wingstoffe, jede Preislage, Meter
 3, 4, 5 Mark.

Paletostoffe, enorm billig, Meter
 5, 6, 7 Mark.

Kostümstoffe, Meter 1, 2, 3 Mark,
 Damast, Meter 2, 250 Mark.
 Koch u. Seeland, Hofstraße 2, 961R

Norwäg -Felle erhalten ausnahms-
 wertig diese Woche 10 Prozent Extra-
 rabatt selbst bei Gelegenheitskäufen.
 Teppich-Thomas, Dramenstraße 160,
 Dramenplatz. 894R

Wahngänge, 32,00 bis 85,00.
 Fertige Herrenanzüge 8,50. Anzuge-
 fertige Gelegenheitskäufe. Verkauf an
 Arbeits. "Vorwärts"-Felle 5 Proz.
 Zuschlag. Geschäft Rothbühlstraße 16/17,
 Hofstraße. 970R

Wittener Nähmaschinen ohne An-
 zahlung, gebrauchte sportbillig! Sta-
 digerstraße 99, Waisenstraße 67.

Barabrie elegante Herrenanzüge
 und Paletts aus feinsten Stoffen
 20-40 Mark. Versandhaus Germania,
 Unter den Linden 21. 2834R

Billige Herrenanzüge. Hochlegante
 Herrenanzüge aus feinsten Stoffen
 7-15 Mark. Tennisanzüge. Versand-
 haus Germania, Unter den Linden 21.

Gebrauchte Nähmaschinen billig
 Bellmann, Solmsstraße 26. 327R

Kindertwagen, Gummiräder, neu
 20,00. Hindenburgstraße 58. 951R

Teppiche (fehlende) Gelegen-
 heitskäufe. Fabriklager Rauerhoff,
 Große Frankfurterstraße 9, Hurein-
 gang. "Vorwärts"-Felle 5 Prozent
 Extrarabatt. Sonntags geöffnet.

Teppiche (fehlende) Gelegen-
 heitskäufe. Fabriklager Rauerhoff,
 Große Frankfurterstraße 9, Hurein-
 gang. "Vorwärts"-Felle 5 Prozent
 Extrarabatt. Sonntags geöffnet.

Wäschereibetrieb! Geschäftliche
 Zweifelslos! 5,00. Wäschereibetrieb
 1,00. Wäschereibetrieb 1,00.
 Kronenstraße 10. Wäschereibetrieb
 Geschäftliche! Geschäftliche! Sport-
 billig! Hofstraße, Waisenstraße-
 straße 32. 1029R

Durch Rauch und Staub beschä-
 digte Gardinen, Stores, Zählbedecken,
 Jalousien, 1,75, 2,25, 2,85, 3,75, 4,85,
 5,50, 6,75 ufm.

Erdbeizwaren und Bettdecken,
 3,45, 3,85, 4,75, 5,75, 6,50 ufm. E.
 Weisenberg's Gardinenhaus, Große
 Frankfurterstraße 135, im Hause der
 Möbelfabrik.

Tuch- und Tischdecken 1,25, 1,75,
 2,50, 3,85, 4,75, 6,50, 8,75 bis 30
 Mark.

Blisch- und Tuchportieren 1,25,
 2,85, 4,85, 6,85, 7,85 ufm. Große
 Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3,85, 4,75, 5,50
 ufm.

Blischteppiche mit feinen Zerkeln,
 in allen Größen, 6,75, 8,25, 9,85,
 11,50, 13,50 bis 60 Mark. Große
 Frankfurterstraße 135, im Hause der
 Möbelfabrik.

Sport- und Lammwolldecken 1,65,
 2,50, 3,25, 4,50, 5,25, 6,75 bis 20
 Mark.

Möbelstoff, Kaiser- und Lino-
 leumstoffe sportbillig. E. Weisenberg's
 Teppichhaus, Große Frankfurter-
 straße 135. 1030R

Billige Herrenanzüge. Hochlegante
 Herrenanzüge aus feinsten Stoffen
 7-15 Mark. Tennisanzüge. Hermann
 Schilling, Turmstraße 58, Heinden-
 dorferstraße 48. 1000R

Glutwaschstoffe, Zobel, Sit-
 mann, Bademantel. Spezialfabrik
 Wienerstraße 12. Lese 5 Proz.

Sozialreform oder Revolution,
 von Rosa Luxemburg. Zweite durch-
 gesehene und ergänzte Auflage. Preis
 50 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-
 straße 69.

Hermannplatz 6, Allerbilligste
 Pflanzverkäufe. Sommerpaletts,
 Radetzki-Anzüge, Gedruckt-Anzüge, Herren-
 anzüge. Extrabilliger Bettdecken-
 Vermietungsbedarf. Brautbräutigam. Aus-
 stattungsbedarf. Wäschereibetrieb. Gar-
 dinenanzug! Teppichauswahl! Tisch-
 decken. Kleiderstoffe. Goldfäden.
 Großherlins allerbilligster Waren-
 verkauf im Pflanzleibhaus Hermann-
 platz 6. Auch Sonntags geöffnet.

Zählbedecken, volle Bettgedö-
 2,50, in Erdbeiz 6,35, Zählbedecken
 1,85, Erdbeizbedecken 4,35. Teppich-
 haus Emil Keldere, Dramen-
 straße 158. 597R

Wenig getragene Anzüge, Dolan,
 Gehörde (für jede Figur passen), ver-
 kauft billig. Hofstraße, Hofstraße 67 I
 (Galtelstele Wittenwalderstraße).

Zigarengeschäft, gutes, verkauft
 Kummelberg, Seumestraße 25.

Schulisch - Musikant, Jahrestelle
 Metallarbeiter, Vereinszimmer, Piano,
 Billard, 3 Ruhgehänge (Hof), ver-
 käuflich, Waldenstraße 15. Miets 100.

Gangbares Schankgeschäft (nahe
 Hermannstraße), billig zu verkaufen,
 Kranke, Rixdorf, Alterstraße 6. 715R

Schlosserei, SW, wegen Verzug
 nach außerhalb billig veräußert. Voll-
 lagerstraße 12, Postamt 13. 2855R

Parzellental, gangbares Geschäft,
 Vereinszimmer mit Piano, mehrere
 Vereine, Jahrestelle, billige Miets, wegen
 Todesfall veräußert. Offerten H. W.
 Postamt 55. 292/3

Möbel.
Kleiderständer 17,50, englische Bett-
 stellen 25,--, Tischstühle 30,--, Kleider-
 möbel billig. Waisenstraße 10,--
 nur Dreddenstraße 124, Höfer.

Möbelangebot, gebrauchte und
 neue Einzelmöbel und ganze Ein-
 richtungen, einwärts, elegante
 Speisezimmer, Herzzimmer, Schlaf-
 zimmer, beliebigen geweten, verladen,
 sportbillig. Waisenlager, 5 Etagen.
 Waisenstraße 10,--. Waisenstraße 10,
 Hofstraße 13. Teilzahlung gestattet.
 Sonntags geöffnet. 281/5

Wasserkraft, 10, Ede Kostig
 G. Frau, bekannt als beste Bezugs-
 quelle. Kassa und Teilzahlung.

Möbel, Gelegenheitskäufe in aller-
 größter Auswahl; einfache sowie
 bessere Wohnungeinrichtungen be-
 deutend billiger wie regulär. Ergänzungs-
 möbel. Büfette 120, Schreibtische
 45, Sofas 45, Garnituren 65,
 Trumeaus 30, Schränke, Verstell-
 26, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchen-
 möbel, Kleiderständer, Leberstühle, Um-
 bau, Lederstühle usw. Sportbillig.
 Rennerts Möbelgeschäft, Holzring-
 straße 55, Rosenhale, Lot. Die
 Möbel sind in vier Etagen aus-
 gestellt. 958R

Günstiges Sofa, Kleiderständer,
 Sportwagen sportbillig. Schwabe,
 Springenstraße 47. 77/6

Wichtig für Sommerwohnungen,
 Galtelstele, Drahtente und Pensionate.
 Möbel, gebrauchte, neue und ver-
 liehen gewesene, Kleiderständer 18,00,
 Bettstelle mit Federmatratze 15,00,
 Kommode 12,00, Wärmehülle 20,00,
 Garderobenständer 33,00, Kleiderständer
 mit Leder 17,00, Kleiderständer 16,00,
 Kleiderständer 65,00, Kleiderständer
 15,00, Stühle 2,00, Kleiderständer 14,00,
 Herrenschreibtisch 28,00, Lederstühle
 8,00, Kleiderständer, Speisezimmer,
 Herzzimmer. Elegante Schlaf-
 zimmer komplett 250,00. Federbetten,
 Gardinen, Bilder, bunte Kleider,
 Teppiche. Gebe auch Möbel auf
 Teilzahlung. Stargardt, Holzring-
 straße 69. 251/20

Möbel, Voebel, Moritzplatz 58.
 In meinem seit 31 Jahren bestehenden
 Möbelaufbau stehen in fünf Etagen
 komplette Wohnungseinrichtungen zu
 niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf.
 Als Spezialität liefern: Schlafzimmer,
 englisch 197,--, modern mit Jantarfen
 268,--, Wohnzimmer, modern 290,--,
 Speisezimmer 355,--, Herzzimmer
 200,--, 1 Zimmer und Küche 205,--,
 354,--, modern 479,--, 2 Zimmer und
 Küche 568,--, 667,--, englische Bett-
 stelle mit Matratze 43,--, Kleider-
 ständer 30,--, Trumeau, geblüht
 34,--, Schloßsofa 36,--, Tischsofa
 55,--, Umbau 10,--, Teppiche,
 Kleiderständer, Beschäftigung erbeten.
 Transport und Lagerung kosten-
 frei. Eventuell Zahlungsvereinfach-
 rungen. Geöffnet 8-5, Sonntags
 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im
 Fabrikgebäude. Waisenstraße 10, gratis
 und franco. 997R

Möbel! Für Drahtente günstigste
 Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen.
 Mit kleinster Anzahlung gebe ich
 Stühle und Küche. An jedem Bild
 deutlicher Preis. Ueberverteilung
 daher ausgeflossen. Bei Krankeits-
 fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt
 größte Rücksicht. Möbelgeschäft R.
 Goldstaud, Josenstraße 38. Ede
 Eisenanstraße. Kein Abzahlungs-
 geschäft! 2901R

Möbelstickeret, Garna, Tischler-
 meier, gegründet 1901, Stallgärtner-
 straße 57 (Moritzplatz), liefert kom-
 plette Wohnungseinrichtungen zu
 niedrigen Fabrikpreisen. Unab-
 troffene Leistungsfähigkeit. Enorme
 Auswahl. Zahlungsvereinfachung.
 "Vorwärts"-Felle 5 Prozent. Kein
 Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Metallbetten, zwei, billig abzu-
 geben Josenstraße 10, Gutgeschäft.

Fahrräder.
Arbeiter-Radfahrer erhalten jeden
 Prozent Rabatt im Fahrradgroßhaus
 Charlottenburg, Wismarstraße 62.

Ferrisrad, Damenrad
 einmal benutzt 35,00. Holz Blumen-
 strage 36b. 1683R

Teilzahlungen, Dreijährige Gar-
 rantie. Spezial-Garantierad 55,00,
 Kasse, Invalidenstraße 20, Wilhelm-
 baderstraße 73. 760R

Musik.
Piano, hohes, kreuzaltig, 110,00
 (Teilzahlung). Turmstraße 8 I.

Violinunterricht (neue, doppelt
 fördernde Methode bis zur Vollendung)
 gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
 auf Wunsch auch nur eine Lektion
 a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf.
 Offerten unter D. 2 Expedition des
 "Vorwärts". 1112R

Verschiedenes.
Kunstkopieret von Frau Koloff
 Schloßstraße, Rixstraße 8, III.

Englischen Unterricht für Anfänger
 und Fortgeschritten, Einzelstunden
 und im Hotel erstellt G. Smeents,
 Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Barman und Beisel, Tischler-
 straße 9a.

Bücher wird sauber gewaschen,
 großer Bezug 15, Katen 10. Frau
 Bankard, Köpenick, Wägelheimer-
 straße 40. 252/4

**Vereins- und Versammlungs-
 räume**, 30 und 100 Personen fassend,
 empfiehlt Fritz Dietrich, Lindenstraße 3,
 Rantime. 285/5

Frauenhaare, ausgefärbte, läuft
 Friseur, Steglitzer Straße 25. 189/13

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
 Suche Arbeit gleich welcher Art.
 G. Schäfer, Weisenbergerstraße 47.

Stellenangebote.
Ein tüchtiger selbständiger Schlosser
 für Schloßreparaturkonstruktion sowie
 Helfer werden sofort verlangt. Gebr.
 Kaiser, Tempelhofer, Ringbahnstraße 21.

Metallrechner, fünf, tüchtige für
 Metallarbeiten, Suburbanpfeifen, spez.
 Reparaturarbeiten gesucht. Offerten S. 3,
 Expedition des "Vorwärts". 2832R

Näherin im Hause für Friseur-
 Büchse. Waisenstraße 13.

Belegerin verlangt. Rixstraße 11. 253/2

Zeitungsfrauen sofort verlangt
 Schönenstraße 24/25. 77/4

Zeitungsfrauen sofort verlangt
 Rathenowerstraße 3. 76/19

Im Arbeitsmarkt durch
 besonderen Druck hervorgehobene
 Angelegenheiten kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtige Zimmerer
 bei gutem Lohn sofort gesucht. 2855R
Stemens & Haiske A.-G.,
 Klaraanlage Ronnerbaum
 (bis-a-bis dem Gasometer).

Achtung! Holzarbeiter.
 Wegen Streit infolge Lohn-
 differenzen sind folgende Betriebe
 geschlossen:
 Goffow, Tischlerei, Teltowstr. 53,
 und die Bauten
 Stadthaus;
 Schellingstr. 16, Ede Tischlerstraße;
 Wismarstr. 107;
 Waisen, Schwedischer Pavilion.
 Lafat, Möbelgeschäft, Diefenbacherstr. 35.
 Reich, Tischlerei, Rixstraße 32.
 Korbmacherei der Stralauer Glas-
 hütte.
 Die Ortsverwaltung.

Chemische Fabrik
 sucht einen Mann, welcher längere Jahre in
Naphthol-Betrieben
 gearbeitet hat, als Vorarbeiter bei hohem Lohn und
 fester Stellung zu engagieren. Diskretion zugesichert.
 Goff. Offerten unter J. R. 5898 an Rudolf Mosse,
 Berlin SW. 75/18*